Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 196 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Dienstag, den 23. August 1921 | Anzeigenpreis: 3m achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Das Mißtrauen gegen die Justiz.

Mit der gleichen bemerkenswerten Ungeschicklichkeit, die wiederholt in letzter Zeit Kundgebungen der preußischen Regierung auszeichnete, ist auch der neueste Erlaß des preußischen Justizministers am Zehnthoff, betreffend die Heranziehung von Arbeitern zum Schöffen- und Geschworenenamte, abgefaßt. Die Veröffentlichung selbst ist in Ausführung der seinerzeit vom Reichsjustizminister herausgegebenen Kundgebung an die Justizminister der Länder erfolgt. Mit der Verordnung selbst ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie wenigstens zum Teil erfüllt, die darin bestand, diejenigen Kreise der Bevölkerung zur Rechtsprechung heranzuziehen, die von ihr bisher so gut wie völlig ausgeschlossen waren. Wenn die Arbeiterschaft für sich das gleiche Recht forderte, wie man es den übrigen Klassen der Bevölkerung längst eingeräumt hatte, so wurde heuchlerisch von richterlicher Seite auf die Mitwirkung von Laien der Schöffen- und Geschworenenjustiz hingewiesen. Sah man sich daraufhin die Geschworenenbank ein wenig näher an, so bekam man jedoch recht merkwürdige Eindrücke. Ein Teil der Geschworenen bestand aus Vertretern des großen Landbesitzes, einige waren Kaufleute und Industrielle, namentlich der Fabrikant war und ist für das Schwurgericht eine beliebte Erscheinung und zwischen diesen typischen Vertretern des besitzenden Bürgertums wurde ab und zu zur Beruhigung der öffentlichen Meinung ein „Renommierarbeiter" gesetzt.

Das soll nun anders werden. Wenn die preußische Verfügung von der Notwendigkeit spricht, künftighin allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere auch der Arbeiterschaft, mehr als bisher die Teilnahme an der Rechtspechung zu ermöglichen, so kann man dieser Auffassung nur zustimmen. Weit bedenklicher ist jedoch die Begründung, die dieser Verordnung unterlegt wird. Wenn die Gerichtsbehörden glauben, das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Justiz und ihre Organe werde in um so größerem Umfange schwinden, je mehr sie selbst zu Organen dieser Justiz werden, so ist das ein Irrtum, der verhängnisvoll werden kann. Es ist zum Ueberfluß oft ausgesprochen, daß an der subjektiven Rechtlichkeit der ungeheuren Mehrheit des preußischen wie des deutschen Richtertums kein Zweifel bestehen kann. Es ist jedoch ebenso oft gesagt worden, daß die Richter auf Grund ihrer Klassenzugehörigkeit wieder und wieder Urteile fällen, die im objektiven Sinne als Tendenz-, als Klassenurteile gekennzeichnet werden müssen. Glaubt die preußische Justizbehörde diese durch tausende jeder Zeit nachweisbaren Beispiele in der Arbeiterschaft festgewurzelten Ueberzeugung durch die Heranziehung der Arbeiter zur Justiz in ihr Gegenteil verwandeln zu können? Wir glauben im Gegenteil, daß, jemehr die Arbeiterschaft Einblicke in die Rechtspflege gewinnt, ihre Abneigung gegen diese sich in immer schärferem Maße vertiefen wird. Es ist richtig, daß ein Arbeiter einem Gericht größeres Vertrauen entgegenbringen wird, das er mit Angehörigen einer Klasse besetzt findet, von denen er voraussetzen darf, daß sie Verständnis für seine soziale Lage empfinden werde, es ist jedoch nicht richtig, daß die Stimmung der Arbeiterschaft den bestehenden Gesetzen gegenüber eine freundlichere wird, weil sie von Arbeitern angewandt werden müssen, die den Klassencharakter dieser Gesetze keinen Augenblick verkennen.

Das Mißtrauen unserer Arbeiterschaft gegen die Rechtspflege ist ein doppeltes, einmal richtet sie sich gegen die Träger der Rechtsinstitutionen, sodann gegen die Rechtsinstitution selbst. Diese tragen derartig typisch den Charakter der deutschen Monarchie und der eigentumsschützenden Gründerjahre, daß auch die sozialste Gesinnung schließlich in ihnen ein unübersteigbares Bollwerk findet. Das Jahr 1879 zeigte eine Massenproduktion an Rechtsgesetzen, deren qualitativer Wert in keinem Verhältnis zu ihrer quantitativen Fülle stand. Ueber die Mängel des Reichsgesetzbuches von 1874 ist schon soviel geschrieben worden, daß an dieser Stelle nicht nochmals darüber gesprochen zu werden braucht. Auch der Arbeiter, der als Richter mit dem ehrlichen Willen zur Objektivität an diese Gesetze herantritt, kann kaum anders, als mit ihrer Hilfe Klassenurteile fällen. Es soll in diesem Zusammenhange nicht verkannt werden, daß die Justiz in der letzten Zeit verschiedene Anläufe zu einer Reform nahm. Weitgehende Beachtung fand der Erlaß des Reichsjustizministers, wonach künftighin Freiheitsstrafen bis zu einem Monat Gefängnis in entsprechende Geldstrafen umgewandelt werden sollen. Von sozialdemokratischer Seite wurde sofort darauf hingewiesen, daß diese Verordnung ein neues Privileg für die besitzenden Klassen darstelle, weil der Arbeiter bei seiner gedrückten finanziellen Lage doch nicht imstande sein würde, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen. Offiziös wurde hierauf sofort erwidert, auch der Arbeiter könne Nutzen hieraus ziehen, da die Verordnung in weitherzigstem Sinne ausgelegt werden solle und dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben werden solle, unaufreibbare Geldsummen durch Arbeit zu ersetzen. Man wird dieser Erwiderung gegenüber eine abwartende Haltung einnehmen müssen und scharf beobachten, was die Praxis der Zukunft bringt.

Mögen auch für die kommende Zeit, wie es berechtigt zu sein scheint, neue Justizreformen geplant sein, so mögen sich doch die amtlichen Stellen keiner Täuschung darüber hingeben, daß das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Rechtspflege durch keinerlei Paliativmittelchen aus der Welt geschafft werden kann, sondern daß hierzu eine Reform der Justiz an Haupt und Gliedern notwendig ist, die von dem bestehenden Bau keinen Stein auf dem andern läßt. In erster Linie Schutz der Gesellschaft und Schutz der Persönlichkeit, dann erst Schutz des Eigentums, das sind die großen Maximen, die sich jede künftige Rechtsreform als regulative Prinzipien zu eigen machen muß.

Landwirtschaft und Sozialdemokratie.

Am 20. August abends 6 Uhr trat der Bezirksparteitag des Brandenburger Bezirksverbandes in den Räumen des Preußischen Landtages zu einer Tagung zusammen. Aus den Verhandlungen ist für alle Parteigenossen wertvoll das Referat des Genossen Otto Braun über „Die Interessengegensätze im landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieb" am Sonntag. Gen. Braun führte in großen Zügen folgendes aus:

Der Satz, den Wilhelm Liebknecht im Jahre 1869 schrieb: „Wir brauchen die Bauern nicht, um Revolution zu machen, aber keine, wenn die Bauern dagegen sind", gilt jetzt noch unbedingt. Wir sind eben nicht mehr ausschließlich Agrarstaat. Dennoch ist die Bedeutung der Landwirte größer, als ihre Zahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, weil wir auf ihre Produkte mehr denn je angewiesen sind. Die landwirtschaftliche Bevölkerung zu einem geschlossenen politischen und wirtschaftlichen Block gegen das Stadtvolk und die republikanische Regierung zusammenzuschweißen, das ist die entschlossen aufgefaßte Aufgabe des Landbundes. Alle Statistiken über die Zahlen der landwirtschaftlichen Betriebe und Betriebseigentümer sind unzuverlässig. Die Interessen von Groß- und Kleinbesitz gehen in mancher Hinsicht parallel, es gibt aber auch scharfe Gegensätze. Die Schwäche der gegnerischen Position liegt vor allem in dem politischen Erwachen der Landarbeiterschaft. Der Landbund will diese Schwäche beseitigen durch die Aufstellung des Grundsatzes, daß die Löhne der Landarbeiter in gleitender Skala sich nach den Getreidepreisen richten. Dadurch würde der Landarbeiter ein gemeinsames Interesse mit dem Großgrundbesitzer an hohen Getreidepreisen bekommen, im Gegensatz zur Masse der Verbraucher. Tatsächlich liegt kein Grund vor, den Arbeiter am Risiko des Unternehmers teilnehmen zu lassen. Die Großbauern und Großgrundbesitzer kommen für unsere Ideen bis auf weiteres nicht in Frage. Das Kleinbauerntum gerät vor allem durch seinen Landhunger in Gegensatz zum Großgrundbesitz. Der gemeinwirtschaftliche Gedanke wird vorläufig noch abgelehnt, auch von den demokratisch gerichteten kleinbäuerlichen Genossenschaften. Den Landhunger, der, wie nach jeder Revolution, auch jetzt wieder sehr lebendig geworden ist, müssen wir als politischen Faktor in Rechnung stellen und den Siedlungsgedanken ohne parteipolitische Engherzigkeit fördern. Wir müssen den Siedlungsgedanken psychologisch und sozial betrachten und ausnutzen. Der Kleinbesitz gibt ja nur die Möglichkeit, die Arbeitskraft gewinnbringend auszunutzen, ohne fremde Arbeitskraft auszubeuten.

Darum ist die Siedlungsbewegung als eine Entwicklungsphase der Gemeinwirtschaft auch für uns berechtigt.

Die kurzsichtige Agitation des Demokratischen Bauernbundes mit ihren weitgehenden, unerfüllbaren Versprechungen auf Land treibt die Bauern nur den Deutschnationalen in die Arme. Von diesem Fehler müssen wir lernen. Die Frage, ob der Großbetrieb oder Kleinbetrieb ergiebiger ist, läßt sich nicht lösen und ist für uns von geringer Bedeutung. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß die deutschnationale Propaganda den Großbetrieb immer als gewinnreicher hinstellt, bei der Schätzung zu Steuerzwecken hingegen den Ertragswert des Bodens beim Kleinbetrieb viel höher ansetzt, als beim Großgrundbetrieb. Was wir anstreben müssen, ist die Ablösung des Individualbesitzes durch einen Gemeinbesitz mit individuellem Nutzungsrecht. Darum wollen wir dem Landhunger so weit wie möglich Rechnung tragen, aber weniger durch Besitz als durch Nutzungsrecht (Pacht). Die Verpachtungen der Domänen beweisen, daß auch dabei das Interesse am Betrieb gesichert bleibt. Vor allem aber müssen wir in der Bauernschaft den demokratischen Geist großziehen, und die politische Vormundschaft des Großgrundbesitzes auch bei den Wahlen zu Landwirtschaftskammern und anderen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen beseitigen. Nur die Erziehung zur Selbständigkeit und Befreiung von der geistigen Unmündigkeit kann die Kleinbauern reif machen für die Idee der Gemeinwirtschaft.

In der anschließenden Debatte wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die Parteiagitation und auch die Parteipresse sich mehr der ländlichen Psychologie anpassen muß, und alles schablonenhafte Arbeiten zu vermeiden hat. Die prinzipielle Haltung in der Siedlungsfrage müsse noch mehr geklärt werden. Die praktischen Druck- und Machtmittel des Landbundes seien möglichst zu beseitigen, vor allem auch die Auflösung der Gutsbezirke. In seinem Schlußwort befürwortete Gen. Braun noch einmal warm den Siedlungsgedanken und zerstreute mancherlei Bedenken, die dagegen aufgetaucht waren. Sein Referat soll den Genossen im Druck zugängig gemacht werden.

*

Außerdem nahm noch der Bezirkstag Stellung zur

Steuerfrage.

Nach einem Referat des Gen. Otto Wels und nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

1. Der Parteitag erklärt, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern in dieser Art für die sozialdemokratische Partei unannehmbar sind. Der Parteitag wünscht im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms die Neuwahl des Reichstages. Durch die Befragung des Volkes soll dann klargestellt werden, welche Steuern das deutsche Volk tragen kann. Der Parteitag verkennt durchaus nicht die Notwendigkeit einer Gesundung des Geld- und Finanzwesens. Wir müssen aus der Unsicherheit unseres Geldwesens herauskommen und der Vermehrung der Papier- und Zahlungsmittel ein Ende machen. Wir müssen Ordnung in den Reichshaushalt bringen und die der Entente gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Um diesen auch im Interesse der Arbeiter liegenden Aufgaben zu genügen, ist die sozialdemokratische Partei bereit, Opfer zu bringen. Aber sie muß fordern, daß zuvor die besitzenden Klassen in einschneidender Weise zur Steuerleistung herangezogen werden, sodaß die Steuerverpflichtungen des Besitzes der künftigen Steuerreform den Stempel aufdrücken. Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus: nur eine Beteiligung der Allgemeinheit an den Vermögenswerten der Landwirtschaft und Industrie, des Handels und der Banken ist im Stande, die Einkünfte aus der Quelle zu erfassen, und bietet die nicht mehr umgehbare Sicherheit ihres Aufkommens. Nur eine solche Beteiligung stellt auch einen Ausgleich für die ungeheuren Konjunkturgewinne dar, die durch den Abbau der Zwangswirtschaft vor allem den ländlichen Produzenten in den Schoß fallen. Außerdem leitet nur eine solche unmittelbare Anteilnahme an der Substanz einen angemessenen Bruchteil an den künftigen Mehrgewinnen in die Hand der Allgemeinheit. Daher muß die Zustimmung zu dem Finanzprogramm der Regierung davon abhängig gemacht werden, daß es neben den unerläßlichen steuerlichen Belastungen eine scharfe Belastung der Goldwerte aller Kapitalbesitzer vorsieht.

Die Forderungen der Beamten und Arbeiter.

Bei den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die von den Beamtenverbänden und den Gewerkschaften erhobenen Gehalt- und Lohnforderungen wurden auf Wunsch der Organisationen Unterausschüsse gebildet, in denen Vertreter der drei großen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, des deutschen Beamtenbundes und des Reichsfinanzministeriums die einzelnen Fragen durchberaten werden.

Handwerker schützen die Goldwerte.

In Magdeburg nahm die Hauptversammlung des zweiten Deutschen Handwerkertages einstimmig eine Entschließung an, die feierlichst Verwahrung gegen die bekanntgewordenen Steuerpläne der Regierung einlegt. Man verlangt eine einfache klare Steuergesetzgebung, besonders verwahrt man sich gegen den Gedanken einer Zwangshypothek. Eine zweite angenommene Entschließung verlangt, daß möglichst bald soziale Fürsorgeeinrichtungen auf dem Wege der Freiwilligkeit für das deutsche Handwerk geschaffen werden.

Ein Sinnfeiner-Konvent einberufen.

London, 22. Aug. (W. T. B.) Der „Star" meldet, daß die Sinnfeiner für morgen einen nationalen Konvent nach Dublin einberufen werden, um das Angebot der englischen Regierung an Irland zu erörtern. Dies bedeutet nach Ansicht des Blattes, daß das nationale Parlament die Verantwortung für die Annahme oder Ablehnung der Bedingungen Lloyd Georges nicht übernehmen, sondern der großen Masse der Partei die Entscheidung überlassen will. Man glaubt, daß die Aussichten auf eine Regelung durch diesen neuen Schritt sich gebessert haben. Die geheime Sitzung des Sinnfeinerparlaments, die am Freitag in Dublin begonnen hatte, wurde heute fortgesetzt.

Kämpfe in Albanien. Die Grazer „Tagespost" meldet aus Belgrad: Die Kämpfe zwischen den albanischen und den Regierungstruppen dauerten einige Tage und endeten mit einer Niederlage der Regierungstruppen. Die Aufständischen marschierten auf Tirana, den Sitz der albanischen Regierung, dessen Einnahme durch die Aufständischen unvermeidlich sei. Die Regierung habe Tirana bereits verlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210823-14/fragment/page=0001

Regimentsfeiern und Arbeiterschaft.

Schon vor längerer Zeit berichteten wir, wie die in Aussicht genommenen Regimentsfeiern und ähnliche Veranstaltungen, die das alte militärische und persönliche Regiment verherrlichen, in ungeheurem Maße anwachsen. Jetzt geht man auch noch dazu über, Sedanfeiern zu veranstalten. Man versucht die Oeffentlichkeit, die absolut von diesen Dingen, die uns nur in unser Elend hineingebracht haben, nichts wissen will, zu zwingen, diesen Geist stillschweigend anzuerkennen und wieder aufkommen zu lassen. Es ist selbstverständlich, daß dieses auf die Dauer nicht ruhig ablaufen würde. Namentlich werden sich Arbeiter mit ihren Festlichkeiten vor solchen Radauveranstaltungen nicht in den Winkel verkriechen. Sie räumen die Straße nicht widerstandslos vor der Anmaßung militärischen Eigendünkels, wie er sich in den Regimentsfeiern breitmacht. Wenn dazu die Träger dieses Eigendünkels noch provozierend auftreten, so wird die Geschichte nicht immer glatt ablaufen. Dem „Vorwärts" wird ein solches Vorkommnis berichtet: „In Jena fand gestern, Sonntag, eine Regimentsfeier der ehemaligen 94er statt und zugleich ein Fest der Gewerkschaften. Beide Gruppen veranstalteten Umzüge durch die Straßen. Dadurch, daß die Arbeiter und das große Publikum sich um den Zug der 94er nicht kümmerten, ermutigt, benahmen sich die 94er sehr herausfordernd. Zwei Reserveoffiziere in Uniform wollten mit einer schwarz-weiß-roten Fahne in den von den freien Gewerkschaften und der Asa geblidten Zug eindringen. Hierbei kam es zu einer Schlägerei, wobei einer der Offiziere erheblich verletzt wurde."

In Frankfurt a. O. verlief die Sache ruhiger. Von dort aus wird dem „Vorwärts" mitgeteilt: „Am gestrigen Sonntag fand hier der „Generalappell" des ehemaligen Regiments der Leibgrenadiere statt. Zu diesem Zwecke hatten sich die hiesigen Nationalisten Ludendorff verschrieben. Dieser hatte in einem Privathause Quartier genommen und sich zu seiner persönlichen Sicherheit eine Wache von Schutzpolizisten erbeten. Zu gleicher Zeit mit der militärischen Feier veranstalteten die freien Gewerkschaften eine große Gegendemonstration, an der sich mehr als 9000 Arbeiter beteiligten. Gegenüber diesem großen Aufgebot der Arbeitermassen verlief die Feier der Nationalisten so kläglich, daß sie in ihrer Wirkung vollkommen erdrückt wurde."

Doch auch in unserer näheren Umgebung sind ja schon früher ähnliche Vorkommnisse zu verzeichnen gewesen. Wir erinnern nur an Stendal und wie dort die Orgelscheute abgeführt wurden. Jetzt entrüstet sich die „Halleiche Zeitung" wieder über einen ähnlichen Fall in Groß-Salze, der aber im Gegensatz zu Stendal blutig verlief. Unser Parteiorgan in Magdeburg, die „Volksstimme", berichtet darüber:

„Am Sonntag hatte der „Stahlhelm" seine Mannen zu einer Fahnenweihe nach Salze-Elmen bestellt. Die Stadt war mit zahlreichen schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt und genau so der Teil des Kurparks, wo das Fest stattfinden sollte. Das ewige Beschimpfen der republikanischen Farben, die nirgends gezeigt werden können, ohne daß die Leute vom Schlage des „Stahlhelms" darüber herfallen, die provozierende Art, in welcher der „Stahlhelm" auftrat, die systematische Bewaffnung seiner Mitglieder mit Waffen aller Art hatte schon seit einiger Zeit in der Arbeiterschaft große Erregung ausgelöst.

So kam es, daß trotz des Abratens Tausende von Schönebecker Arbeitern sich am Sonntag auf den Weg nach Salze-Elmen machten, um dort gegen den „Stahlhelm" zu demonstrieren. An der Spitze waren Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene in großer Zahl, die auf mitgeführten Schildern gegen die Verherrlichung des Krieges, wie es beim „Stahlhelm" üblich ist, protestierten. Die Arbeiter erzwangen das Einziehen der ausgehängten monarchistischen Fahnen und zogen mit Musik in den Kurpark. Als der Zug in den Teil des Parkes kam, wo der „Stahlhelm" seine Feier abhalten wollte, wurde er von „Stahlhelm"-Leuten, die mit Gummiknüppeln, Pistolen, Schlagringen, Stöcken usw. ausgerüstet waren, angegriffen. Es fielen mehrere Schüsse, wodurch eine Frau schwer und einige Personen leicht verwundet wurden. (Nach einer Meldung der „Magdeburgischen Zeitung" soll die Frau tot sein. Red. b. „V.".)

Damit war es mit der Selbstbeherrschung der Arbeiter zu Ende und nach kurzem Handgemenge mußten die „Stahlhelm"-Leute das Feld räumen. Sie zogen sich in ein Restaurationslokal zurück, wo sie etwa eine halbe Stunde belagert wurden. Nachdem sie das Versprechen abgegeben hatten, keinen Demonstrationszug zu veranstalten, wurde ihnen freier Abzug zugesagt.

Bevor der Entschluß überall bekanntgemacht werden konnte, was bei der durch die Schießerei verursachten Aufregung naturgemäß nicht leicht war, griff eine berittene Schupopatrouille ein, die durch Umhersprengen im Garten mit gezogenem Säbel eine Panik hervorrief.

Um noch größeres Unglück zu verhüten, ließen die Schönebecker Arbeiter die Trommeln rühren und die Musikkapellen einen Marsch anstimmen. Die Arbeiter zogen mit der Musik ab und der später im Auto erscheinenden Schupo blieb nichts mehr zu tun übrig."

Das sind Zeichen der Zeit. Die Reaktionäre versuchen nicht nur im geheimen ihre Leute zu sammeln, sondern auch mit der alten Methode des Maulaufreißens die ganze Oeffentlichkeit unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. Dabei werden sie aber an der Wachsamkeit der Arbeiterschaft scheitern, wie die hier wiedergegebenen Vorgänge zeigen.

Deutschnationale Verleumdungen vor Gericht.

Braun gegen die „Deutsche Tageszeitung".

Wegen Beleidigung des früheren Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsministers Otto Braun hatte sich am Sonnabend der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Tageszeitung", Wilh. Ackermann, vor einem Berliner Gericht zu verantworten. Unter Anklage stand ein Artikel in Nr. 63 der „Deutschen Tageszeitung" vom 8. Februar dieses Jahres unter der Ueberschrift „Provokation". Dieser beschäftigte sich mit der vom Landwirtschaftsminister Braun betriebenen und von der Staatsregierung beschlossenen Aufhebung des Landes-Oekonomie-Kollegiums. Der Artikel wandte sich in seiner scharfen Polemik gegen den Minister a. D. Braun und führte u. a. drei Punkte an, in welchem die Anklage eine Beleidigung erblickt. In dem ersten Punkte wurde davon gesprochen, daß Otto Braun der Mann sei „**mit der tiefen Tasche, in der die Tausendmarkscheine der doppelten Aufwandsentschädigung knistern**". Es wurde dann weiter gesagt, daß die Begründung der Aufhebung „eine Perlenschnur sei, auf der eine Unwahrheit sich an die andere reiht". — Dann wird von der „verlogenen Art des Herrn Braun" gesprochen. Was den Bezug der doppelten Aufwandsgelder und die Stelle des Artikels betrifft, die auf eine weitgehende finanzielle Ausnutzung von Ministerstellen hinweist, so stellte der Vorsitzende fest, daß Minister a. D. Braun Ministerpräsident und gleichzeitig Landwirtschaftsminister war und nach dem Besoldungsgesetz Anspruch auf doppelte Aufwandsentschädigung hatte. Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten vor, daß die Wendung in dem Artikel unter den Lesern die Ueberzeugung hervorrufen mußte, daß der Minister sich einer Unanständigkeit oder gar Gesetzwidrigkeit schuldig gemacht habe. Der Angeklagte bestritt die Rechtmäßigkeit des Bezuges der doppelten Aufwandsentschädigung an sich nicht, behauptete aber, daß er nur habe kritisieren wollen, daß trotz unserer jammervollen Finanzlage der Minister zweimal Aufwandsgelder erhob. Was die Wendung „die verlogene Art des Ministers" betrifft, so führte der Angeklagte drei Punkte zum Wahrheitsbeweise an, die sich im wesentlichen auf Aeußerungen des Pressedienstes im landwirtschaftlichen Ministerium, für die der Angeklagte den Nebenkläger (!) verantwortlich machen zu müssen glaubte, bezogen.

Der Nebenkläger, Gen. Braun, betonte, daß, wenn er auch im allgemeinen die aus dem Ministerium herausgehenden Veröffentlichungen mit seiner Verantwortlichkeit decke, für die einzelnen Veröffentlichungen aber doch die dazu bestellten Presse-Referenten verantwortlich seien. — Den letzten Punkt der Erörterungen bildete die Angelegenheit der Anstellung eines gewissen Lichtenstein als Domänenverwalter, der trotz erlittener Vorstrafen als persönlicher Bekannter des Ministers Braun und wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei angestellt worden sei. Der Nebenkläger bestritt dies unter seinem Zeugeneide; er habe den Lichtenstein persönlich nicht gekannt und dessen Bewerbung nach ihrer Kenntnisnahme in der üblichen Weise weitergegeben. Der Zeuge, Oberregierungsrat Backhaus, bekundete auf Vorhalt des Nebenklägers u. a.: Die Besprechungen zur Aufhebung des Landes-Oekonomiekollegiums seien schon recht alten Datums und haben eigentlich nie recht aufgehört. Das Kollegium sei seit 1914 nicht zusammengetreten. Ein Antrag auf Zusammenberufung sei erst am 10. Dezember 1920 eingegangen, während der Nebenkläger schon Ende November 1920 im Hauptausschuß der Landesversammlung erklärt habe, daß er dem Staatsministerium den Antrag unterbreiten werde, das Landes-Oekonomie-Kollegium aufzuheben. Dem Angeklagten bestätigte der Zeuge, daß das Landes-Oekonomie-Kollegium am 1. Januar 1921 an die Einberufung erinnert habe und eine Antwort darauf nicht erfolgt sei. — Der Nebenkläger bekundete, daß dies nicht geschehen sei, weil schon der Gedanke der Aufhebung des Kollegiums ventiliert wurde. Er habe, wie seine Vorgänger, die ganze Institution für überflüssig gehalten. — Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte Erster Staatsanwaltschaftsrat Gerlach eine Geldstrafe von 800 Mark, da augenscheinlich die Absicht der Beleidigung vorlag. Anderseits müsse berücksichtigt werden, daß dieses während des Wogens des Wahlkampfes geschrieben sei. — Justizrat Dr. Werthauer erachtete eine Verletzung nicht nur des § 105, sondern auch des § 187 St.G.B. für vorliegend und beantragte eine Gefängnisstrafe — Rechtsanwalt Bartel wandte sich mit Entschiedenheit gegen diesen Antrag und hielt nach der ganzen Sachlage für den Fall einer Verurteilung eine mäßige Geldstrafe für ausreichend. — Auf längere Ausführungen des Angeklagten zur Sache betonte der Nebenkläger, daß er dem Angeklagten in keiner Weise verwehren wolle, ihn mit der größten Entschiedenheit sachlich anzugreifen, wenn er der Meinung sei, daß er (Nebenkläger) in seiner Ministertätigkeit der Landwirtschaft schädlich gewesen sei, aber er dürfe ihn nicht persönlich in den Schmutz ziehen. — Das Urteil lautete auf 600 Mark Geldstrafe. Dem Nebenkläger wurde die Publikationsbefugnis in der „Deutschen Tageszeitung" und im „Vorwärts" zugesprochen.

Die Valuta am Wochenende.

Die deutsche Reichsmark war infolge der wilden Spekulationen auf den Niedergang der deutschen Finanzen in der letzten Woche unausgesetzt starken Wertschwankungen ausgesetzt. Die Kapitalflucht vor den Steuern und die Devisenhamsterei der Exporteure haben es verhindert, daß der starke Rückschlag der Mark vom 16. August am Wochenende wieder ganz ausgeglichen war. Man zahlte an der Berliner Börse für:

	am 28. 7.	12. 8.	15. 8.	16. 8.	19. 8.
100 holl. Gulden	2477,50	2557,40	2657,30	2882,10	2614,75
1 Pfd. Sterling	302,50	314,90	348,15	308,65	
1 Dollar	81,03	82,53	85,91	90,90	84,41
100 französische Fr.	620,85	643,85	674,30	695,30	654,30
100 Schweiz. Fr.	1321,15	1388,60	1456,—	1498,50	1428,50
100 österr. Kr. abgest.	9,13	10,48	10,18	10,58	10,30
100 tschech. Kr.	101,25	101,75	102,10	103,85	101,30

Diese Kurse zeigen also am Wochenende eine weitere Entwertung der Mark gegen den Wochenanfang. Am Sonnabend, wo keine Kursnotierungen stattfanden, waren die nichtamtlichen Devisenpreise wieder etwas höher.

Vorgehen gegen die Wettkonzerne. Nach einer Information des „Lok.-Anz." soll auf Grund einer Notverordnung, die wahrscheinlich durch das Justizministerium erlassen werde, an einem bestimmten Tag dieser Woche sämtliche Sportbanken und Wettkonzerne geschlossen werden.

Wie das „Berliner Tageblatt" aus Dresden meldet, ist dort der Inhaber des Turfkonzerns Emil Bachmann wegen Betrugsverdachtes verhaftet worden. Bachmann sind von den Einzahlern gegen 25 Millionen Mark anvertraut worden. Die Polizei stellte eine Unterbilanz von mehreren Millionen Mark fest.

Waldwinkel.

Erzählung von Theodor Storm.

4. Fortsetzung.)

Aus dem verschlossenen Hofe drüben hatte sich das Bellen eines Hundes hören lassen; zugleich erhob sich von einem Eichenaste, der aus dem Walde auf das Dach hinüberlangte, ein großer Raubvogel und kreiste jetzt, seinen wilden Schrei ausstoßend, hoch über dem einsamen Bauwerk.

Sie waren unterdes auf der kaum noch sichtbaren Fortsetzung des Waldsteiges in die Wiesenmulde hinabgegangen. Die nach Süden gelegene Frontseite des immer näher vor ihnen aufsteigenden Gebäudes war von der Sonne hell beleuchtet, sogar an den Drachenköpfen der Wasserrinnen, welche unterhalb des Daches gegen den Wald hinausragten, sah man die Reste einstiger Vergoldung schimmern. Von den beiden Wetterfahnen, mit welchen an den Endpunkten die kurze First des Daches geziert war, hatte die eine sich fast ganz im grünen Laub versteckt, während die andere sich regungslos am blauen Himmel abzeichnete.

Und jetzt war das jenseitige Ufer erstiegen, und der Inspektor hatte den Schlüssel in dem Bohlentore umgedreht.

Ein schattiger, mit Steinplatten ausgelegter Hof empfing sie, während der Pudel mit Freudensprüngen an seinem Herrn emporkrebte. — Zur Linken des Eingangs war ein steinerner Brunnen, neben welchem ein augenscheinlich neu angefertigter mit Wasser gefüllter Eimer stand; an der Mauer des Hauses, an welcher eben der Sonnenschein hinabrückte, wucherten hohe, mit Knospen übersäte Rosenbüsche; die zu beiden Seiten der Haustür auf den Hof gehenden Fenster wurden fast davon bedeckt. „Der alte Herr," sagte der Inspektor, „hat sie selber noch gepflanzt."

Dann traten sie über ein paar Stufen in das Haus. — Zur Linken des Flurs lag die Küche; zur Rechten ein einfenstriges Zimmer, dessen Ausrüstung schon die sinnige Bewohnerin erkennen ließ. Zwar das hohe Bettgerüst dort entbehrte noch des Umhanges wie des schwellenden Inhalts; aber in der Ecke standen Spinnrad und Haspel, und über der altfränkischen Kommode hing ein desgleichen Spiegelchen, hinter welchem nur noch die kreuzweis aufgesteckten Pfauenfedern fehlten. „Also, das ist nicht Ihr Zimmer, Mamsellchen!" sagte der Alte, noch einmal einen Scherz versuchend.

Als er keine Antwort erhielt, deutete er auf seinen Pudel, welcher lustig die zum oberen Stockwerk führende Treppe hinaufsprang. „Folgen wir ihm!" sagte er; „dort hinten sind nur noch die Vorratskammern."

Oben angekommen, schloß er die Tür zu einem mäßig großen Zimmer auf, das bis auf die Vorhänge völlig eingerichtet schien. Die beiden Fenster, mit denen es über die Wiesenmulde auf den Tannenwald hinaussah, waren die Mittleren von den vieren, welche sie von drüben aus erblickt hatten. Vor dem zur Linken stand ein weichgepolsterter Ohrenlehnstuhl, an der Seitenwand des anderen ein Schreibtisch mit vielen Fächern und Schiebladen; neben diesem, bereits im Ticktack ihren Pendel schwingend, hing eine kleine Kuckucksuhr, wie sie zierlich weit drüben im Schwarzwalde verfertigt werden. Eine altmodische, aber noch wohlerhaltene Tapete, mit rot und violett blühendem Mohn auf dunkelbraunem Grund, bekleidete die Wände.

Schweigend, aber aufmerksam, betrachtete Franziska alles, während sie dem Alten die Fensterflügel öffnen half.

Zu jeder Seite dieses Blumenzimmers und durch eine Tür damit verbunden, lag ein schmäleres; beide nur mit einem Fenster auf den Tannenwald hinausgehend. In dem zur Linken befanden sich außer einigen Stühlen nur noch ein eisernes Feldbett und ein paar hohe Reisekoffer. Franziska warf nur einen flüchtigen Blick hinein, während ihr Führer schon die Tür des gegenüberliegenden geöffnet hatte.

„Und nun gibt's was zu lesen!" rief dieser. „Der Herr Doktor ist selbst hier außen gewesen und hat einen ganzen Tag dadrinn' gesessen."

Und wirklich, es war eine stattliche Hausbibliothek, die hier in sauberem Einband auf offenen Regalen an den Wänden aufgestellt war. Aber während das Mädchen einen Band von Okens Isis herauszog, der ihr aus des Magisters Pensionat bekannt war, hatte der Alte dem Fenster gegenüber schon eine weitere Tür erschlossen.

Das Zimmer, in welches sie hineinführte, lag gegen Westen und im Gegensatz zu den sonnigen Räumen der Vorderseite noch in der Schattendämmerung des unmittelbar daraugrenzenden Waldes.

„Sie müssen nicht erschrecken, Mamsellchen," sagte der Alte, indem er auf ein Eisengitter zeigte, womit das einzige Fenster nach außen hin versehen war. „Es ist kein Gefängnis, sondern auch nur so eine Liebhaberei vom alten Herrn gewesen."

„Ich erschrecke nicht so leicht," sagte das Mädchen, indem sie, ihm nach, über die Schwelle trat.

„Nun, so wollen wir den Burschen Ihr Gepäck heraufbringen lassen; denn dort das Bettchen und das Jungfernspiegelchen hier auf der Kommode werden doch wohl für Sie dahinbeordert sein."

Als Franziska ihre Sachen in Empfang genommen und den Burschen abgelohnt hatte, meinte der Alte: „Und jetzt, Mamsellchen, werd' ich Sie ins Dorf zurückbegleiten; es ist zwar ein Stündchen Wandern, aber einen guten Eierkuchen wird Ihnen Kaspers Margret schon zu Mittag backen, und gegen Abend wird der Herr Doktor zu Wagen einkehren, um von mir den Schlüssel in Empfang zu nehmen."

Allein das Mädchen schüttelte den Kopf. „Ich bin nun einmal hier; zu essen habe ich noch in meiner Reisetasche."

Der Alte rieb sich das bärtige Kinn mit seiner Hand. „Aber ich werde Sie einschließen müssen; ich muß dem Herrn Doktor selbst den Schlüssel überliefern."

„Schließen Sie nur, Herr Inspektor!"

„Hm! — Soll ich Ihnen auch den Phylax hierlassen?"

„Den Phylax? Weshalb das? Da könnt's am Ende doch noch auf eine Hungersnot hinauslaufen."

„Nun, nun; ich dachte nur, er ist so unterhaltsam."

„Aber ich habe keine Langeweile."

„Ja, ja; Sie haben recht."

„Also, Herr Inspektor!"

„Also, Mamsellchen, soll ich schließen?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210823-14/fragment/page=0002

Wie erfassen wir die Goldwerte?

Von Dr. Alfred Striemer.

Man zerbricht sich den Kopf, wie in Deutschland die ungeheuren Lasten aufgebracht und die Notenpresse zum Stillstand gebracht werden soll. Trotzdem man weiß, daß alle Preis-Erhöhungen für lebensnotwendige Waren, Kohle, Zucker, Kolonialwaren, Zündhölzer, Leuchtmittel usw., daß die Erhöhung der Umsatzsteuer, Tabak- und Biersteuer, Wohnungssteuern usw., Lohnsteigerungen zur Folge haben müssen und die Lohnsteigerungen weitere Erhöhungen der Warenpreise, der Gehälter und Löhne und damit die Neuausgabe von Papiergeld nach sich ziehen, greift die bevorstehende Steueraktion wiederum zu den sogenannten indirekten Steuern.

An die Besitzsteuern traut man sich nicht richtig heran, weil man glaubt, daß man auf die Neubildung von Kapital durch die jetzige Oberschicht nicht verzichten kann. Kapital zu bilden und anzulegen, war bis heute Beruf des kapitalistischen Publikums, das auch Träger der Spekulation an den Börsen und Banken ist. Würde man die Kapitalgewinne aus unserer Wirtschaft erfassen, dann müßte man neues Kapital, das zur Inganghaltung der Wirtschaft ja notwendig ist, aus Ersparungen bei den Arbeitseinkommen bilden und der Wirtschaft für produktive Zwecke zur Verfügung stellen.

Nun ist der Gedanke diskutiert worden, die Goldwerte zur Leistung heranzuziehen. Wir verstehen unter Goldwerten jene Güter der Wirtschaft, die einst mit Goldmark hergestellt oder gekauft wurden. Ein Handwerker, der sich mit 10 000 Mark 1914 eine Werkstatt neu eingerichtet hat und diese Werkstatt nach dem Kriege in Benutzung nahm, kann diese heute zu einem Papiermarkwert, der das 10- bis 20fache betragen kann, verkaufen, weil die Möglichkeit gegeben ist, den 10- bis 20fachen Ertrag herauszuwirtschaften. Wer sich heute eine gleiche Werkstatt neu einrichten will, muß mindestens statt 10 000 Mark jetzt 300 000 Mark besitzen. Für weite Kreise, die sich früher mit kleinen Ersparnissen wirtschaftlich selbständig machen konnten, ist heute diese Möglichkeit nicht mehr gegeben, wodurch die alten Besitzer von einer neuen Konkurrenz befreit bleiben und privilegierte Stellungen erhalten. Das gilt nicht nur für eine kleine Werkstatt, sondern für alle Produktionsmittel, das gilt für Villen und Exzenhäuser, für Grundbesitz, Bergbau, Handelsbetrieb, landwirtschaftlichen Betrieb usw.

Sehen wir von den Liebhaberwerten und Seltenheitswerten (Briefmarken, Kunstwerke, seltene Tiere und Stoffe, Villenbauten usw.) ab, so bestimmt sich im Markt der Wert, d. h. der Tauschwert durch den Ertrag, den das Gut abwirft. Ein Fabrikgebäude mit Inventar, das einst Millionen gekostet haben mag, ist nur Altteisen und Steine wert, wenn in ihm keine gewinnbringende Fabrikation aus irgend welchen Gründen mehr möglich ist. Eine Kiesgrube mag früher einen erheblichen Ertragswert gehabt haben. Wenn die in der Nähe liegende Kleinbahn wegen mangelnder Rentabilität den Betrieb einstellt, sinkt der Wert der Kiesgrube unter Umständen auf 0.

Die sogenannten Goldwerte bestehen also nur dort, wo sich ein Ertrag ergibt, der die Geldentwertung ausgleicht, so daß der Besitzer ein Vielfaches der früheren Boden- oder Kapitalrente erhält.

Wir wissen, daß Goldkapital, das 1914 zur Sparkasse gegeben wurde, das in Hypotheken oder Pfandbriefen, in festverzinsliche Staatspapieren usw. angelegt ist, heute weniger Zinsen bringt, als 1914 und heute in Papiergeld ausgezahlt wird. Da das Papiergeld aber nur den 14- bis 15ten Teil der Kaufkraft des Goldes besitzt, sind diese Besitzer ehemaliger Goldwerte in geradezu grausamer Weise expropriiert worden. Wer 1914 ein Gehalt von 500 Mark erhielt, heute 2000 Mark hat, ist durch die Geldentwertung in furchtbarer Weise in dem Wert seiner Arbeitskraft für deren Qualität er Tausende an Lehrgeld, Schule und Erziehung geopfert hat, geschädigt, er ist in seinem Kapitalbesitz „Arbeitskraft" ebenfalls furchtbar expropriiert worden. Wir haben es also hier mit zwei Momenten zu tun, dem Ertrag aus der Arbeitskraft, dem Arbeitseinkommen, und zweitens dem Ertrag aus dem Besitz, der Kapital- oder Bodenrente.

Der Ertragswert der Arbeitskraft wird bestimmt durch die Qualifikation, durch den Seltenheitswert der Kraft (tüchtige Kräfte sind seltener, wie mittelmäßige oder Durchschnittskräfte). Für die große Masse der Durchschnittskräfte bestimmt sich das Einkommen nach der Macht der Organisation, die die Höhe des Existenzeinkommens im Kampf erstreitet. Diese Einkommen werden an der Quelle steuerlich erfaßt.

Der Besitzer von Produktionsmitteln und Boden zahlt Steuern nach dem Ueberschuß, nach dem Reingewinn oder Rohgewinn, sofern er diesen ehrlich ausweist. Wenn er seinen Angestellten z. B. nur das Fünffache des Friedensgehalts zahlt, so wird er sein eigenes Arbeitseinkommen für seine leitende Arbeit eigentlich auch nur mit dem Fünffachen seines Friedenseinkommens in Anrechnung bringen dürfen. Nun bezieht er aber weiter Einkommen aus Kapital, d. h. aus den vorkriegszeitlich erworbenen Produktionsmitteln. Dieser Ertrag gleicht aber wesentlich schon an die Höhe des Ertrages der Produktionsmittel an, die mit Papiergeld erworben sind und die zum Anschaffungswert in Papiergeld verzinst werden müssen.*) Hier wird deutlich durch Differentialeinnahme zugunsten der Besitzer alter Boden- und Sachgüterwerte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese Gewinne der Allgemeinheit zufallen haben, und daß bei Besitzwechsel die Uebergewinne genau so expropriiert werden müssen, wie es bei den festverzinslichen Geldkapitalien durch die Rückzahlung in Papiergeld geschehen ist. Ungeheuer zu bedauern ist, daß dies nicht schon längst durchgeführt ist.

Wenn wir aber den Weg gehen wollen, daß wir von Reichswegen auf alle alten Werte, Grund und Boden, und Produktionsmittel Zwangshypotheken eintragen, so wird die Folge sein, daß die belasteten Schuldner die Hypothekenzinsen in die Produktionskosten wie die anderen Steuern einrechnen und die Warenpreise durch eine entsprechende Erhöhung die Belastung übernehmen, so daß die Verbraucherschaft sie wiederum tragen muß.

Aber noch eine andere Differentialrente spielt eine erhebliche Rolle, in der Landwirtschaft die Bodenqualität und die Nähe, die Ersparnis an Transportkosten, in der Industrie die Nähe der Kraft- und Rohstoffquellen und der Standort zu den Verkehrsmitteln, die Qualität der technischen Einrichtungen usw. Hier hat der eine Betrieb vor dem anderen von vornherein schon in den günstigeren Produktionsverhältnissen gewinnbringende Vorzugsstellungen.

Unser heutiges Steuersystem arbeitet aber mechanisch, es fragt nicht und kann nicht fragen nach den Quellen der Gewinne. Der Gewinn aus volkswirtschaftlich höchst nützlicher Tätigkeit wird genau so belastet wie der Gewinn aus volkswirtschaftlich schädlicher Tätigkeit.

Deshalb müssen wir andere Wege gehen. Die Heranziehung zu den Lasten muß unter Mitwirkung gemeinschaftlicher Körperschaften erfolgen, die die Verhältnisse in den Fachgebieten genauest kennen und die Differentialrenten feststellen können. Diese Fachkörper, die von den Vertretern der Planwirtschaft seit langem gefordert werden, wären geeignete Organe, um die mechanische Steuerbelastung elastisch zu machen und sie vor allem produktionsfördernd wirken zu lassen. Solange wir nicht zu einer richtig aufgebauten Planwirtschaft kommen, solange werden wir auch aus dem schädlichen Kreislauf nicht herausgelangen und werden die Arbeiter und Kleinbürger, Rentner und Arbeitsinvaliden es sein, auf die die riesigen Steuerlasten abgewälzt werden.

*) Diesen Ausgleich beobachten wir bei den Kursen der Börsenpapiere.

Die Ueberlastung des deutschen Volkes.

Ein Gutachten J. M. Keynes.

In der „D. A. Z." stellt M. Keynes, der Verfasser der bekannten Schrift über die Unmöglichkeit der ursprünglichen Reparationsforderungen des Versailler Vertrages beachtenswerte Betrachtungen über die Wirkungen des Ultimatums an. Keynes hält auf Grund nüchterner Erwägungen auch das Ultimatum in seiner jetzigen Form für unerfüllbar, er meint, daß Deutschland zwar die nächsten Raten werde aufbringen können, daß aber an einem bestimmten Zeitpunkte, der zwischen Februar und August 1922 liegen muß, Deutschland der unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit erliegen werde. Ein Aufschub ließe sich höchstens noch erzielen, wenn das augenblicklich noch beschlagnahmte deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten frei würde. Für die Dauer würde aber auch das nutzlos sein.

Keynes kommt zu diesem Resultat von drei verschiedenen Standpunkten aus. Einmal vom Standpunkt der deutschen Handelsbilanz. Bei einem Export in Höhe von 6 Milliarden Goldmark könne Deutschland seine Einfuhr nicht in dem Maße vermindern, daß ein Ueberschuß von 3½ Milliarden herauskommt. Der zweite Gesichtspunkt ist der des Staatshaushalts. Nach dem heutigen Kurse würde die jährliche Reparationsleistung Deutschlands 70 Milliarden Papiermark betragen. Das deutsche Budget weise aber an Einnahmen nur 59 Milliarden, an Ausgaben, abgesehen von den Reparationen, 92,5 Milliarden Papiermark auf. Die Reparationen würden also mehr als die ganzen Staatseinnahmen verschlingen. Aus dem Staatshaushalt sei eine Deckung für die Reparation aber nicht eher zu erwarten, bevor nicht die Ausgaben um die Hälfte vermindert und die Einnahmen verdoppelt worden sind. Das hielte aber niemand für möglich.

Der dritte Gesichtspunkt, unter dem Keynes das Problem betrachtet, ist die Zahlungsfähigkeit der deutschen Volksmassen. Hier wollen wir seine Berechnung im Wortlaut anführen:

Die Gesamtlast beträgt, da die deutsche Bevölkerung jetzt gegen 60 Millionen zählt, 1250 M. für jeden Deutschen, Mann, Weib und Kind. Auf der Brüsseler Konferenz wurde das deutsche Einkommen für den Kopf der Bevölkerung auf 3900 Papiermark geschätzt. Diese Ziffer blieb wahrscheinlich damals hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurück. Infolge des weiteren Wertschwundes der Mark ist sie auch sicherlich heute zu tief gegriffen. Die Ansetzung eines Einkommens von 5000 Papiermark für den Kopf der deutschen Bevölkerung würde eher das Richtige treffen. Auf dieser Grundlage berechnet, betragen die Reparationslasten den vierten Teil des deutschen Nationaleinkommens. Wenn sich Deutschland auch die größte Sparsamkeit auferlegte und so weit ginge, selbst die Kriegsanleihen nicht mehr einzulösen und die Zahlung der Kriegsrenten einzustellen, so könnten die Kosten für die lokale sowohl wie für die zentrale Verwaltung Deutschlands kaum mehr als auf 1000 Papiermark für den Kopf herabgedrückt werden. Sie würden dann insgesamt 60 Milliarden betragen, eine Summe, die an die jetzige Ausgabeziffer noch lange nicht heranreicht. Auf diese Weise würden 45 Prozent des deutschen Einkommens für die Steuern verausgabt werden. Zwar könnte ein reiches Volk unter gewissen Umständen eine solche Last tragen. Aber man vergesse nicht — das oben von mir angesetzte Jahreseinkommen von 5000 Papiermark für den Kopf der Bevölkerung kommt nach dem heutigen Valutastand 17 Pfund Sterling und in bezug auf seine Kaufkraft innerhalb der deutschen Grenze 35 Pfund Sterling gleich. Das bedeutet aber so viel, daß nach Abzug der Steuern das wöchentliche Durchschnittseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung nach englischen Verhältnissen nur eine Kaufkraft von sieben Schilling (7 Goldmark. Red. d. „V.") besitzen würde. Wenn man Deutschland eine Frist bewilligte, so würde sein Einkommen und damit auch seine Zahlungsfähigkeit wachsen, aber bei den gegenwärtigen Lasten, die das Sparen vollständig ausschließen, ist ein allgemeines Sinken der Lebenshaltung viel wahrscheinlicher. Wäre es nun, so frage ich, den Polizei- und Steuerbeamten irgendeiner Regierung, die die Geschichte kennen, möglich gewesen, die Hälfte seines Einkommens aus einem Volke herauszupressen, das sich in einer solchen Lage befindet wie das deutsche? Und doch habe ich mich in der Schätzung der Werte ganz besonderer Mäßigung befleißigt. Denn die gegenwärtigen Kosten für die Staatsverwaltung samt den Ausgaben für die Reparationsansprüche für 1922 ergeben für den Kopf der Bevölkerung 3200 Papiermark, während nach den letzten deutschen Statistiken das Einkommen des deutschen Volkes im Durchschnitt 4500 M. beträgt. Dann können wir zu dem Ergebnis, daß nicht etwa nur die Hälfte, sondern gar zwei Drittel dieses Einkommens für die Reparation beansprucht werden. Die erste Schlußfolgerung, die ich ziehe, ist also die, daß das neue Abkommen über die Reparationen zwar dem deutschen Volke eine Atempause bis 1922 gestattet; trotzdem bietet es ebenso wie seine Vorgänger keine Möglichkeit für eine dauernde Besserung.

Der Artikel Keynes' sagt uns Deutschen insofern nichts Neues, als jeder Politiker in Deutschland weiß, daß aus laufenden Einnahmen oder Erträgnissen die Reparationsforderungen nicht

Granatsplitter = ¼ Pfd. 10 Mark.

Von Paul Haupt.

Hinter der breiten, prozigen Schaufensterscheibe, inmitten von Porzellan- und Kristallschüsseln mit feinstem Konfekt und feinster Schokolade gefüllt, steht das Schild: Feinste Granatsplitter, ¼ Pfd. 10 Mark. Kühn thront es auf den „Granatsplittern", braunen, schokoladenüberzogenen Mandelstückchen oder so etwas ähnliches.

Abends, wenn die Sonnenglut nicht mehr so grell über Asphalt und Steinen liegt, promenieren die aufgeleideten, geslangweilten „besseren" Damen und Mädchen, die noch irgend etwas in der Stadt zurückhält, durch die reiche Geschäftsstraße, mäkeln hier vor dem Schaufenster, kaufen da und dort. Leckereien meist. So seien Granatsplitter bei verwöhnten Zungen sehr beliebt, hat mir der Schwerkriegsbeschädigte, der an der Kasse im „Granatsplitterladen" vardon „Feinsten Konfitürengeschäft am Platze" (eigene Schokoladenfabrik), sitzt, verraten.

Auf dem hohen Drehschemel hinter der eleganten Mahagonikasse hockt er Tag für Tag, streicht das Geld meist aus wohlmanikürten Händen mit einem höflichen „Danke sehr" ein, klemmt die Empfangszettel, reicht sie mit einem ebenso höflichen „Bitte sehr" wieder hin. Manches Mal, wenn er das schöne Wort „Granatsplitter" auf dem Zettel liest, kommt ihm eine Erinnerung.

Die breite, sonnendurchflutete Straße weitet sich zu weiter, kalksteinsäumender Landschaft. Statt der Häuser steigen niedere, in der Sommersonne schmerzhaft blendende Kalkhügel an der Landstraße hoch, grübendurchfurcht, trichterzerklüftet wie Terrassenbügel. In der flimmernden heißen Luft liegt eine brutale beklemmende Schwüle; Schwüle, nicht nur von der Hitze her. Im wolkenlosen Himmel stehen gelbe Striche, Fesselballons. Und wenn über die Landstraße, die, ein weißer Staub, im Felde liegt, ein paar Feldraraue, oder ein Wagen, wie gehetzt von einer unsichtbaren Peitsche dahinhasten, blinkt es an einem der Ballons auf. Irgend ein Abschuß, Surren und Heulen durch die Luft, Bersten, ein schwarzer Keil backt in die Straße, wirbelt eine Wolke weißen Staubes mit sich auf, wie wahnwitzig jagt der Wagen dahin, in Trichter und Gräben ducken sich die Menschen. Ein feines, messerscharfes Singen, wenn die Wolke sich schon lüftet, sackige schwarze Klingen mit metallglänzenden Brüchen backen in weitem Umkreise in die Straße ein — auch Granatsplitter.

„Ein halbes Granatsplitter bitte", weckt die sonore, gutgenährte Stimme des satt- und fettstrotzenden Chefs vorwurfsvoll den Einarmigen aus dem Brüten. Eine dicke, wohlgepflegte, goldberingte Hand schiebt ihm nachlässig einen vielwertigen Geldschein hin. Er rechnet ab.

„Danke sehr — bitte schön, meine Dame".

Das kleine Lehrmädchen mit den bleichen Großstadtwangen und den hungrigen Augen hält das Goldbiskuit schon die Tür bereit. Der Chef öffnet der guten Kundin, der besten Abnehmerin für seine Granatsplitter, selbst die Tür mit wohlwollendster Verbeugung. Sie rauscht hinaus, die Verehrerin der Granatsplitter, deren sie täglich ein halbes Pfund kaufen kann, weil ihr Gatte nie die Granatsplitter (die andern, draußen, die städtischen) singen hörte. Der Chef äugt mißtrauisch zu dem Lehrmädel hinüber, die mit begehrlichen Augen die Granatsplitter wieder appetitlich in der Schale ordnet. Dann streift er mit herablassendem Blick den Kriegsbeschädigten und geht in sein Privatkontor, um durch ein Guckloch das Mädel noch ungestörter beobachten zu können. Es erfüllt ihn jedemal mit Genugtuung, dem Einarmigen einen wohlwollenden Blick zuwerfen zu können. Er leistet swar nicht soviel wie ein zweiarmiger Mensch, aber — man weiß doch, was man dem Vaterlande und denen, die dafür geblutet haben, schuldig ist.

Ladenschluß. Die Verkäuferin tritt auf die Straße, trippelt mit hastigen Schritten an dem Schaufenster entlang, will nachhause. Wie sie, um sich zu spiegeln, in das Fenster sieht, fällt ihr Blick auf die Schale mit den Granatsplittern. Rot überfliegt ihre Wangen, eilig will sie weiter

„Fräulein, 'n Augenblick".

Der Chef winkt sie in den Hausflur. Sie wird noch röter, zögert, folgt dann zagenden Herzens seinem befehlenden Anruf. Er muß durch die Hintertür hinausgegangen sein, auf sie gewartet haben.

„Oefnen Sie Ihre Handtasche!"

Puterrot drückt sie ihre Handtasche mit zitternden Händen an sich. Der Chef reißt ihr sie fort, öffnet sie und hält ihr triumphierend eine gefüllte Konfekttüte vor das Gesicht. „Granatsplitter. Das teuerste Konfekt. Wissen Sie, was passiert, wenn ich (mit entrüsteter Stimme:) Ihren Diebstahl anzeige?"

Sie ist dem Weinen nahe.

„Bringen Sie die Tüte, wie sie ist, persönlich in meine Privatwohnung. Wenn Sie es mir nicht wiedergeben, muß ich Sie anzeigen."

Er drückte sich sehr vorsichtig aus, der wohlsituierte, ehrsame Herr Chef; es genügt auch, sie weiß, was er will.

„Ach, Verzeihung, ich kann wohl das Konfekt gleich an mich nehmen. Dann brauchen sich Herr Chef nicht erst in der Privatwohnung durch „geschäftliche Angelegenheiten" stören lassen."

Der Kriegsbeschädigte, gerade dabei, die Hintertür abzuschließen, hat den Vorfall undemerkt mit angesehrt. Nun sind beide puterrot, der Chef und das „Mädel".

„Ach so. Hm. — natürlich — um so besser. Wiegen Sie aber genau ab. Meiner vornehmen Kundschaft kann ich natürlich nicht mehr verkaufen, was mein Lehrmädel in den Händen gehabt. Das geht von ihrem Lohn ab. Die Anzeige werde ich mir noch mal überlegen."

Er ist wieder ganz Würde, ganz der „wohlwollende Herr Chef." Mit einem herablassenden Gruß verschwindet er. Das Lehrmädel steht noch wie mit Blut übergossen da. Der Kriegsbeschädigte nickt erst:

„Sehen Sie Fräulein, Granatsplitter sind so armen Teufeln wie uns sehr gefährlich. Wir haben sie den Arm zerrissen — und jungen, lediger Dingern können sie noch gefährlicher werden."

Der Chef ist nicht mehr wohlwollend, er ist sehr wütend, als er sich auher Sichtweite glaubt. Der Kerl, der Einarmige, gefällt ihm schon lange nicht mehr. Wie ein Pastor stand er da! Und die unverschämte Ironie! Wenn man nur einen Grund fände, ihn zu entlassen! Verd...te Bestimmung, daß man Schwerkriegsbeschädigte nicht entlassen darf!

Ein sittenstrenges Warenhaus. In den Spuren der Landsväter der „guten alten Zeit", die ihren Untertanen unter strengen Strafandrohungen vorschrieben, wie sie sich zu kleiden hätten, wandelt die Verwaltung der amerikanischen „Marshall Field-Company", eine der größten Warenhausfirmen der Union, die sämtlichen ihren weiblichen Angestellten, die das Haar kurz geschnitten tragen, die sofortige Entlassung angekündigt hatte.

Jetzt hat die Direktion einen neuen Ukas erlassen, der im Interesse der „Erhaltung der Zucht, Sitte und Ordnung" das Folgende verfügt: „Das Tragen von Kleidern mit kurzen Aermeln, ausgeschnittenen Blusen, kurzen Röcken und Badenstrümpfen ist in der Arbeitszeit streng untersagt. Ebenso sind auffällige Perfuren und Kleider mit Bändern oder Spitzenbesatz zu vermeiden."

Wie aus zahlreichen Zuschriften hervorgeht, nahmen die Angestellten besonderen Anstoß an dem Verbot, kurz geschnittene Haare zu tragen. Sie weisen darauf hin, daß Frauen ihre Haare nicht in gefallsüchtiger Absicht abschneiden, sondern daß dies in der Hauptsache zu dem Zweck geschieht, den Kopf frisch und kühl zu erhalten, weil das der Gesundheit zuträglich ist.

Landwirtschaft im Meere. Die Bewohner einiger Küstenstriche der japanischen Inseln betreiben am Strande des Meeres eine Art von Landwirtschaft, aber unter Wasser. Die Leute nutzen dort die Meerespflanzen, insbesondere den Seetang, nicht nur in bemerkenswerter Weise aus, sondern bauen Meerespflanzen geradezu an. Die größte unter diesen spielt ein Meerlattich, und zwar nicht der grüne, sondern der rote. Die Japaner wissen hervorragende Ernten von einem der Bewirtschaftung mit Pflanzen sonst ganz unzugänglichen Boden zu gewinnen. Das Anbauverfahren ist sehr einfach und besteht nur darin, die Pflanzen in regelmäßigen Linien einzusetzen und dann zur bestimmten Zeit zu ernten. Der Meerlattich ist eine einjährige Pflanze, die in den frühen Monaten des Jahres geerntet wird, da er gerade während des Winters das stärkste Wachstum erreicht. In manchen Gegenden der japanischen Küsten dient dieses Meerswächs geradezu ein Volksnahrungsmittel und wird auch bereits nach den Vereinigten Staaten ausgeführt, wo in Anbetracht der zahlreichen dort lebenden Japaner ziemlich Nachfrage danach herrscht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210823-14/fragment/page=0003

gedeckt werden können. Die Sozialdemokratie verlangt daher den Rückgriff auf die Substanz des Vermögens, die Erfassung der Goldwerte. Da Keynes noch weitere Artikel ankündigt, so ist zu erwarten, daß er sich auch mit dieser Frage beschäftigen wird.

Jedenfalls ist heute so viel zu sagen: Die Darlegungen Keynes' bieten eine wertvolle moralische Stütze für ein Deutschland, dessen Kraft beim besten Willen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, erlahmt. Keinen Nutzen dagegen würden wir von diesen Ausführungen haben, wenn wir es machten, wie der Deutschnationale Edle v. Braun, der von vornherein den Willen zur Erfüllung verwirft. In der deutschnationalen Presse scheint man die Ausführungen Keynes' bereits dahin auswerten zu wollen, daß man der Bevölkerung zuruft: „Weshalb sucht ihr überhaupt zu erfüllen, wenn euch sogar ein Engländer sagt, daß ihr gar nicht erfüllen könnt?" Ein entsprechendes Verhalten würde nur zur Folge haben, daß die Nichterfüllung auf der Gegenseite wieder dem bösen Willen Deutschlands zur Last gelegt würde. Nur wenn unwiderleglich feststeht, daß Deutschland jedes, aber auch jedes Mittel versucht, um seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, nur dann wird die Stimme eines Keynes auch bei seinen eigenen Landsleuten gehört werden.

„Wir sind Demokraten".

Aus der Geschichte der Unabhängigen.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD., der vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha stattfand, ist jetzt neu aufgelegt worden. Als Herausgeber zeichnet Emil Eichhorn (Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54). Die seinerzeit von der militärischen Zensur gestrichenen Stellen sind neu eingefügt, und besonders kenntlich gemacht. Die Durchsicht der 120 Druckseiten bietet zu allerhand aufsehenden Betrachtungen Anlaß. Für heute aber wollen wir nur die Worte hervorheben, die der Referent zu einem der Hauptpunkte „Unsere Aufgaben" gesprochen hat. Er sagte:

Der ganze Parlamentarismus, der häufig in Mißkredit gekommen ist, nicht zum wenigsten, wie ich zugebe, durch die Schuld von Parlamentariern, auch von sozialdemokratischen Parlamentariern, **ist doch eine Notwendigkeit. Wir sind Demokraten.** Nicht nur Sozialisten, **sondern auch Demokraten. Wir suchen die Demokratie in Staat und Gesellschaft herbeizuführen.** Wir dürfen aber nie vergessen, daß die vollste Demokratisierung des öffentlichen Lebens deshalb unmöglich ist, weil sie nur durchführbar ist in ganz kleinen Gemeinwesen. Völlige Demokratie wird bedingen, daß alle Männer und Frauen sich verständigen, um zu Beschlüssen zu kommen. In dem früheren kleinen Gemeinwesen der alten Zeit war das möglich. In der Gegenwart ist die Austragung der Meinungen **nur möglich durch ein Vertretungssystem. Wenn wir aus irgend einem Grunde den Parlamentarismus heute abschaffen, morgen müßten wir ihn wieder einführen.** Selbstverständlich stellen wir an die Parlamente höhere Ansprüche, als sie die Parlamentarier der bürgerlichen Gesellschaft bisher erfüllten, und suchen sie durch bessere Ausgestaltung herbeizuführen. Wir wollen die Parlamente auf eine möglichst ausgedehnte Beteiligung aller Männer und Frauen gründen. Es müßten die Legislaturperioden verkürzt werden, dann hätte die Bevölkerung mehr die Möglichkeit, ihre Abgeordneten zu beeinflussen.

Ein Abgeordneter, der fünf Jahre im Sattel sitzt, kann es einfach machen, darauf ankommen lassen, ob seine Wähler mit ihm zufrieden sind, aber bei zwei Jahren ist er schon genötigt, sich den Meinungen anzupassen, weil er dann eventuell einem Mieter oder einer Frau Platz machen müßte, die besser imstande ist, den Ansprüchen der Wähler zu genügen. Schließlich wollen wir den Parlamentarismus **ergänzen durch das Referendum, d. h. die Entscheidung großer wichtiger Fragen durch die Volksabstimmung.** Es gibt Ansätze hierzu in der bürgerlichen Gesellschaft; in Deutschland sind wir allerdings noch weit davon entfernt.

Wer ist der Mann, der dieses lückenlose Bekenntnis zur Demokratie abgelegt hat, wie sie bis auf einen kleinen Punkt (vierjährige Wahlperiode) in der Weimarer Verfassung restlos verwirklicht worden ist? Er heißt Georg Ledebour. Als aber in Deutschland all das geschaffen werden sollte, was Ledebour anderthalb Jahren vorher gefordert hatte, da inszenierte derselbe Georg Ledebour einen Putsch gegen Demokratie und Parlamentarismus. Er, der gesagt hatte: „Wenn wir aus irgend einem Grund den Parlamentarismus heute abschaffen, müssen wir ihn morgen wieder einführen," er wollte durch den Januarputsch die Wahlen zur Nationalversammlung verhindern. Niemand hat die sinnlose Ledeboursche Tat vom Januar 1919 von vornherein schärfer verurteilt — als Georg Ledebour.

Spekulationsfieber auch in Sowjetrußland.

NZ. Trotz des „reinen Kommunismus" blüht auch in Rußland die Valutaspekulation im geheimen. Auf den sogenannten „grünen Börsen" werden fremde Geldsorten und auch Effekten schwunghaft gehandelt. Diese Börsen werden hauptsächlich in Petersburg und Moskau abgehalten. Also die übelsten Formen des Kapitalismus können sich in diesem Arbeiterparadies fröhlich am Leben erhalten. Diese Kurse halten sich infolge der gleichen Wertlosigkeit des Sowjetgeldes fester als in Deutschland. Hier die letzten Kurse für ausländische Geldsorten:

1 amerik. Dollar	31 200	Sowjetrubel	gegen	2	Rubel	1914
1 franz. Franken	3 100	„ „	„	0,35	„	„
1 Schweiz. Frank.	5 200	„ „	„	0,35	„	„
1 Pfd. Sterling	83 400	„ „	„	9,25	„	„
1 schwed. Krone	7 000	„ „	„	0,52	„	„
1 norw. Krone	4 850	„ „	„	0,52	„	„
1 dänische Krone	5 750	„ „	„	0,52	„	„
1 österr. Krone	95	„ „	„	0,40	„	„
1 tschech. Krone	400	„ „	„	—	„	„
1 holl. Gulden	10 200	„ „	„	0,80	„	„
1 Reichsmark	575	„ „	„	0,46	„	„
1 Zarenrubel	90	„ „	„	—	„	„
1 Dumarubel	22	„ „	„	—	„	„

Besonders launig ist, daß das Papiergeld des Zaren und der alten zersprengten Duma 90- bezw. 22mal höher bewertet wird als der Sowjetrubel.

Auf dem Effektenmarkt sieht es ähnlich aus. Auch hier bemerkt man, daß Papiere der alten russischen Regierung und der sozialistischen Unternehmungen, die doch eigentlich gar keinen Wert mehr repräsentieren, viel höher bewertet werden, als das offizielle Geld des Sowjetstaates. Für die 4proz. russische Staatsanleihe vom Jahre 1902 wird der 5fache Betrag in Sowjetrubeln bezahlt, für die Aktien der internationalen Petersburger Handelsbank der 500fache Betrag usw.

Gewerkschaftliches.

Schwere Krisengefahr im Kohlenbergbau.

Am Freitag, dem 19. August d. J., fanden zwischen den Arbeiterorganisationen und Arbeitgebern des gesamten deutschen Bergbaues in der Reichsarbeitsgemeinschaft Gruppe Bergbau in Berlin Verhandlungen über die Lohnfrage statt. Die Vertreter der Arbeiter verlangten vor allen Dingen eine angemessene Lohnerhöhung im Betrage von mindestens durchschnittlich 12 Mk. je Mann und Schicht als Ausgleich für die inzwischen eingetretene Teuerung und die am 15. August d. J. eingetretene Brotpreiserhöhung. Ferner wurde von diesen die zentrale Verhandlung gleichmäßig für alle Reviere erhoben. Die Arbeitgeber des gesamten Bergbaues haben nach längeren Beratungen ihre Stellungnahme den Arbeitervertretern mitgeteilt. Sie ging dahin, daß sowohl die zentralen Verhandlungen als auch die Lohnhöhe in dem verlangten Ausmaß bestritten wurden. Zu der ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes nahm eine größere Konferenz sämtlicher Organisationsvertreter am 20. August d. J. in Berlin Stellung, welche nach mehrstündiger Beratung folgende Entschließung faßten:

„Die am 20. August 1921 in Berlin versammelten Vertreter der für den Bergbau in Frage kommenden Arbeiterorganisationen nehmen Kenntnis von der Erklärung der Arbeitgeber aus der Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft vom 19. August 1921. Diese besagt:

1. Die Werksbesitzer lehnen eine zentrale Regelung der Lohnfrage ab.
2. Zu Verhandlungen in den Bezirken sind sie nur nach erfolgter Kündigung der tariflichen Vereinbarungen bereit.
3. Sie stellen die Notwendigkeit eines Lohnausgleichs für alle Bezirke in Frage.
4. Die Werksbesitzer erkennen an, daß Ansätze der Teuerung vorhanden sind."

Hierzu erklären die Arbeitnehmervertreter:

„1. Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise betrifft alle Bezirke fast gleichmäßig. Aus diesem Grunde müssen sie an der zentralen Regelung festhalten.

2. Die plötzlich eingetretene Teuerung bedingt eine möglichst schnelle Regelung des Lohnausgleichs. Die Regelung nach erfolgter Aufkündigung der Tarife würde eine wesentliche Verzögerung nach sich ziehen und eine Beunruhigung unseres Wirtschaftslebens bedeuten.

3. Die Arbeitnehmervertreter halten einen Lohnausgleich für alle Bezirke notwendig.

Die Stellungnahme der Werksbesitzer in dieser Lebensfrage der Bergarbeiter muß zu ungeheuren Erregungen der Belegschaften führen. Die Arbeitervertreter können es nicht unterlassen, auf die von Arbeitgeberseite heraufbeschworene drohende Gefahr aufmerksam zu machen."

Im Anschluß an diese Konferenz wurde den Abreitgebern, und zwar dem Reichsverbande der Deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau, die Stellungnahme der Arbeiterorganisationen durch folgendes Schreiben übermittelt:

Berlin, den 20. August 1921.

An den Reichsverband der Deutschen Industrie,
Fachgruppe Bergbau
Berlin W 10, Viktoriastr. 30.

In der Sitzung vom 19. August 1921 der Reichsarbeitsgemeinschaft Bergbau bei den Verhandlungen über die Lohnfrage haben die Arbeitgeber am Schlusse derselben die Erklärung abgegeben, daß sie zentrale Verhandlungen ablehnen und erst nach Kündigung der tariflichen Vereinbarungen bereit seien, in eventuelle Lohnverhandlungen einzutreten.

Nach reiflicher Durchberatung in einer größeren Konferenz sämtlicher Arbeiterorganisationen haben diese darauf folgendes zu antworten:

1. Die Arbeiterorganisationen können von den zentralen Verhandlungen nicht ablassen, in denen eine grundsätzliche Verständigung über eine angemessene Lohnerhöhung für sämtliche Bergreviere erzielt wird.

2. Die Lohnerhöhung um durchschnittlich 12 M. je Schicht ab 1. August d. J. muß als dringlich bezeichnet werden.

3. Zur Erledigung der beiden vorstehenden Forderungen hat die Konferenz eine Frist bis zum 1. September d. J. offengelassen.

Aus vorstehendem ergibt sich eindeutig der Ernst der jetzigen Sachlage. Wir möchten dann auch nicht verfehlen, auf die Entschließung des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 19. August d. J. hinzuweisen und hoffen, damit eine Nachprüfung der Arbeitgeberstellungnahme herbeizuführen.

Mit Glückauf!

Die vier Bergarbeiterorganisationen:
(gez.) A. Schmidt. F. Rotthäuser. F. Kolpack. F. Schmidt.

Notizen.

Deutschnationale Hilfsaktion für den Stahlhelm. Wie aus Braunschweig gemeldet wird, haben wegen der Entlassung von 51 Beamten der Braunschweiger Schutzpolizei, die dem „Stahlhelm" angehörten, die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Graf Westarp, Hergt und Dr. Hoetsch an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, „was sie gegen die „willkürliche, und „ungesetzliche" Entlassung der Schutzpolizeibeamten durch die Braunschweiger Regierung zu tun gedenke".

Prof. Nansen und die Rußlandhilfe. Nach einer „Temps"-meldung aus Riga erklärte Prof. Nansen dem Vertreter der Associated Preß, daß er sich Anfang der Woche nach London begeben wolle, um sich mit dem Sowjetvertreter über die Möglichkeit zu besprechen, Rußland durch internationale Kredite zum Ankauf von Sämereien und Getreide zu unterstützen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Garbe, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, beide in Halle

Salonschiff „Monika" nach Bad Neu-Ragoczy
Regelmässige Fahrten ab Peissnitzbrücke
Mittwochs 3 Uhr. nachm. und
Sonntags 10 Uhr vorm. u. 3 Uhr nachm.
Anfragen nach Johnstr. 2 oder Fernruf 4350.

Das neue
Allgemeine Mitteldeutsche
Fahrplanbuch
Sommer-Ausgabe 1921
Preis 5.— Mk.
ist erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung der Volksstimme.
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.

Bitterfeld
Weißbrot- und Zwiebackbäckerei.
Vom 21. August bis 17. September 21 wird die Herstellung des Weißbrotes und Zwiebackes den Bäckereien von Richter, Schmeerstr., Wünsche, Feldstr., Klaus, Röhrenstr., Zimmermann, Neue Zörbigerstraße, Hauke, Mühlstr. und Stemin, Kaiserstraße übertragen.
Bitterfeld, den 15. August 1921.
Der Magistrat. Richter.

Saalschloß-Brauerei.
Mittwoch, den 24. August, abends 7/8 Uhr:
Grosses KONZERT
unter Mitwirkung der Opernsängerin Frl. Anni Kühns (Halle).
Pracht-Illumination
des Gartens.
Grosses Extra-Feuerwerk
u. a.:
Venus Diadem
Heliotropen Tableaux
Kaskadenallee m. d. Riesen-Wasserfällen.
Neu! Ausbruch des Vesuvs Neu!
Eintritt 3 Mk., Kinder 1.50 Mk. (einschl. Steuer)
Karten haben keine Gültigkeit.
F. Winkler.

Laufdecken v. 42.50 Mk. an
Kraftdeck. v. 52.50 Mk. an.
Gebirgsdeck. v. 62.50 Mk. an.
Luftschläuche extr. pa. 20 Mk.
Otto Sparmann,
direkt neben Walhalla.

Schmierseife
Seifenpulver
Kernseifen
empfiehlt für Wiederverkäufer und Großbezieher
F. W. Paul Richter,
Halle a. S.,
Magdeburgerstraße 11
Fernruf 5797.

Bei krankh. Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten, echten Menstruationstropfen
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelfläschchen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: Adler-Apotheke, Geistr. 15; Sanitäts-Depot, Leipzigerstr. 11; E. Kertscher, Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41. M. Waltsgott Nachf., Gr. Ulrichstraße 30. Albert Schumann, Steinweg 46/47, Fritz Speer, Große Ulrichstraße 63.

Schreibwaren, Ansichtskarten, Künstlerkarten
Naumburger Volksbuchhandlung
Markt 10
Buchhandlung Volksstimme Halle.

Stellen finden.
Maurer
stellt ein
J. C. Möbus, Baugeschäft,
Ammendorf.

Eine ganze Bibliothek für nur neun Mark
erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitnehmertaschenbuch". Enthält alles, was man tägl. Leben rasch wissen muß, z. B.: Verfassung, Friedensvertrag, Heerwesen, Finanzen, Steuergesetze, Eisenbahnwesen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände, Wirtschaftssysteme, Parteiwesen, Redekunst, Messenpsychologie, Sowjetrußland, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsrätegesetz, Soziale Versicherung, Reichsversorgungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indexziffern, Taylorsystem, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, Einkommen usw.
Preis Mark 9.—
Buchhandlung Volksstimme
Gr. Ulrichstrasse 27.

Kaufgesuche
Gold-Silber-Platin-Bruch
Zahngebisse
alte Münzen
kauft zu allerhöchst. Preisen
Paul Kochanowski,
Uhrmacher und Goldarbeiter,
Neue Promenade 1.

Verloren
Verloren
braun Portemonnaie, Inh. Trauring, am 19. 8. 21 a. d. Wege v. Kleyzig-Reideburg. Gegen Belohnung abzugeben Gastst. „Zur Linde", Reideburg.

Vermischtes
Otto Katzula's Tischdig.
Krumpa bei Mücheln.
Anfertigung kleiner Herren- und Damen-Garderobe Mod. Formen, gute Arbeit. Garantiert guter Sitz.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Bezirksverband Halle. Hartz 42/44. Fernruf 6900.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Nietzsch (Arbeiter-Jugend). Mittwoch, den 24. August, Jugendversammlung. Referent: Jugendgenosse Herzig-Halle. Wir bitten die Eltern der arbeitenden Jugend von Nietzsch und Umgebung, ihre Söhne und Töchter recht zahlreich zu senden.
Der Vorstand.

Schkeuditz. Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr im Gasthof „Zur goldenen Linde" spricht Gen. Baranowski-Berlin über „Die Teuerungs- und Steuerfragen". Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Bad Bibra. Sonnabend, den 27. August, abds. 8 Uhr im „Thüringer Hof". Mitgliederversammlung. Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192108 23-14/fragment/page=0004

Die Vertreterin der Frauen im Parteivorstand, die Genossin

Marie Juchacz

spricht am Donnerstag abend 8 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus Karlstraße 14.

Parteigenossinnen und Genossen, sorgt für Massenbesuch!

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend! Heute abend 7 Uhr Spiel und Tanz auf der Peißnitz.

Junksozialisten! Mittwoch abend 8 Uhr Zusammenkunft! Vortrag über „Der Aufbau der sozialdemokratischen Partei". Die Wichtigkeit des Themas und die an diesem Abend stattfindenden Besprechungen über das festzulegende Abeitsprogramm der hiesigen Junssozialisten machen jedem Genossen das Erscheinen zur Pflicht! **Der Vorstand.**

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 23. August 1921.

Versammlung aller streikenden Metallarbeiter.

Heute nachmittag 4 Uhr im „Volkspark", Burgstraße: Große Versammlung aller Streikenden.

Die Zentralstreikleitung.

Kapitalistische Stimmungsmache gegen die Landarbeiter.

Der deutsche Landarbeiter-Verband schreibt uns:

Die Stinnespresse (Mitteldeutsche Allgemeine Zeitung) brachte in ihrer Morgenausgabe vom 18. August folgenden nach ihrer Art entstellten, echt agrarischen Artikel, über Ausschreitungen von streikenden Landarbeitern. Zur besseren Beurteilung lassen wir die schwindelhafte Notiz folgen.

Streikterror.

Schwere Ausschreitungen gegen Arbeitswillige auf Banzin.

Die Landarbeiter des Gutes Banzin hatten auf Veranlassung des Betriebsrates die Arbeit niedergelegt, obwohl die Gauleitung die Parole ausgegeben hatte, die Verhandlung mit der mecklenburgischen Regierung abzuwarten. Es arbeiteten auf dem Besitz nur die Familienmitglieder des Besitzers, der Inspektor, einige Leute, die dort auf Ferien weilten, und Frauen und Kinder. Während der Feldarbeiten wurden sie von drei Banden, im ganzen etwa 200 Mann, umstellt und unter gemeinsten Beschimpfungen tätlich angegriffen.

Die Streikenden schlugen in rohester Weise auf die Leute mit Knütteln ein und verprügelten selbst einige alte Leute, die Frauen und Kinder. Als die Angegriffenen flohen, stürzten die Angreifer ihnen nach und schlugen jeden nieder, den sie erreichen konnten. In der Nähe des Gutshofes stellte sich den Flüchtenden plötzlich ein anderer Trupp entgegen, und viele wurden mit Fäusten und Knütteln bearbeitet; dann wurden auf dem Gutshofe alle, die sich dort befanden, darunter ganz unbeteiligte Leute und Kinder, verprügelt. In sinnloser Wut überfielen die Angreifer das Inspektorgebäude und mißhandelten den Oberinspektor des Rittergutes aufs schwerste. Niedergeschlagen wurden der anwesende Lehrer, zwei Diener, mehrere Frauen und ein Handwerksmeister aus Vellahn, zum Teil erlitten sie gefährliche Verletzungen. Etwa 25 Personen tragen Spuren von Mißhandlungen.

Die Arbeit auf dem Rittergute ruht, ein Prozeß wird diesem unerhörten Gewaltakt der Landarbeiter folgen.

*

Ueber dieses „große Verbrechen" schreibt unser Parteiblatt für Mittel-, Süd- und Westmecklenburg: „Das freie Wort" in der Nr. 181:

„Zu dem Vorfall in Banzin wird uns von einem Augenzeugen mitgeteilt: Als Ersatz für die streikenden Landarbeiter hatte sich der Besitzer von Banzin sieben Mitglieder der technischen Nothilfe, die M. N. nennt sie „Feriengäste" aus Vellahn, verschrieben. Mit einem Kutschwagen wurden die Herren Streikbrecher zur „Arbeit" abgeholt. Die von den streikenden Arbeitern ausgesandten Patrouillen stießen mit den Nothelfern am Dienstag nachmittag zusammen. Es kam zu einem Wortwechsel, dem bald Tätlichkeiten folgten. Bewaffnet sind die Männer nicht gewesen. Von Gummiknüppeln ist nichts gesehen worden, nur einzelne trugen Spazierstöcke. Bei der Rauferei wurde dem Inspektor die Kopfhaut etwas geritzt, während ein anderer, der sich zur Wehr setzte, verprügelt wurde. Die Schädeldecke des Inspektors ist nicht verletzt, er konnte die schwere Verletzung mit einem Stückchen Heftpflaster verstopfen. Sonst ist niemand zu Schaden gekommen. Das Angehörigen des Inspektors oder des Besitzers mißhandelt worden sind, ist falsch, richtig ist vielmehr, daß es überhaupt nicht zu Tätlichkeiten gekommen wäre, wenn man die Arbeiter nicht herausgefordert hätte. Wohl sind einige Arbeiter auf dem Hofe des Gutes gewesen; in das Haus des Inspektors ist jedoch kein Arbeiter eingedrungen. In den anderen Ortschaften ist es nicht zu Zwischenfällen gekommen, die Arbeiterschaft hält auf musterhafte Disziplin."

Es erübrigt sich, näher auf diese frechen Machinationen einzugehen. Zweck des Stinnespretils ist, der Oeffentlichkeit zeigen zu wollen, daß die Landarbeiterschaft nicht mit dem Streikrecht umzugehen weiß. Es wäre vernünftiger, wenn die Agrarier nur ein wenig soziales Verständnis zeigten, dann würde dem gesamten Volke damit gedient sein. Die neuen Getreidepreise sind voll und ganz dazu angetan, daß die Löhne der Landarbeiterschaft der Teuerung entsprechend aufgebessert werden.

Die Unternehmer im Baugewerbe nehmen den Schiedsspruch an.

Am Sonnabend haben die Arbeitgeber des Baugewerbes in einer Vollversammlung sich soweit überwunden, folgenden Beschluß zu fassen:

„Der Schiedsspruch des Bezirksamtes für das Baugewerbe für die Provinz Sachsen und Anhalt vom 9. August 1921 wird angenommen." Der Schiedsspruch lautet: „Die z. Zt. geltenden tariflichen Löhne für Hoch-, Beton- und Tiefbau werden mit Wirkung vom ersten Tage der nächsten Lohnwoche um 70 Pfennig erhöht".

Doch als vorsichtige und immer kampfbereite Geschäftsleute haben sie daran eine ganze Menge Bedingungen geknüpft. Sie sind so gehalten, daß es ihnen möglich ist, zu jeder ihnen genehmen Zeit den Streit wieder vom Zaune zu brechen. Nach den Mitteilungen in der bürgerlichen Presse lauten die Bedingungen folgendermaßen:

Voraussetzung für die Annahme ist: 1. daß sämtliche Arbeitnehmerverbände den Schiedsspruch gleichfalls geschlossen annehmen, 2. daß die Arbeitnehmerverbände innerhalb zweier Monate keine neuen Lohnforderungen erheben (§ 5 Nr. 4 R. T. V.). 3. daß die Streiks im Gebiet des Bezirksarbeitgeberverbandes für das Baugewerbe der Provinz Sachsen und Anhalt, e. B., sofort aufgehoben werden, 4. für die bei Tiefbauten beschäftigten Arbeiter wird auf Grund des § 1 Ziffer 2 der Lohn- und Arbeitstarife vorbehalten, daß an diese Arbeiter keine höheren Löhne zu zahlen sind, als sie für den Bezirksverein VII des Reichsverbandes für das Deutsche Tiefbaugewerbe für die gleichen Arbeiter als Tariflöhne in Geltung sind. —

Moralunterricht für proletarische Kinder.

Der Zentralverband proletarischer Freidenker gibt bekannt, daß die Anmeldungslisten der Kinder, die an dem Moralunterricht teilnehmen sollen, vorläufig bis zum 15. August ausgelegt waren, aber noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Es macht sich eine Versammlung der Eltern notwendig, in der noch Nachanmeldunen entgegengenommen werden, um die Listen endgültig abzuschließen. Außerdem wird sich die Elternversammlung mit dem Thema befassen müssen: „Moralunterricht und Schulentlassungsfeier". In dankenswerter Weise hat sich Genossin Braun verpflichtet, das Referat zu übernehmen. Es ist Pflicht aller Arbeitereltern, ob sie aus der Kirche ausgeschieden sind oder nicht, ihre Kinder dem Konfirmandenunterricht fernzuhalten und an dem Moralunterricht teilnehmen zu lassen. Die Elternversammlung findet am Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus", Karlstraße, statt. Außerdem richten wir an alle Lehrkräfte, die sich in den Dienst der Unterrichtserteilung stellen wollen, und bereits in dankenswerter Weise ihre Zubilligung gegeben haben, die Bitte, am Donnerstag, den 25. August, abends 8 Uhr sich zu einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes der prol. Freidenker und den leitenden Persönlichkeiten der Elternbeiräte sämtlicher Schulen Halles einzufinden. Die Sitzung findet in der „Goldenen Kette", Alter Markt, statt. Gemeinsam soll besprochen und festgelegt werden, in welchem Rahmen der Moralunterricht erteilt werden soll. Die leitenden Personen der Elternbeiräte sind zu dieser Zusammenkunft ganz besonders eingeladen.

Der Rechtshilfeverkehr mit Frankreich in bürgerlichen Sachen.

Der amtliche preußische Pressedienst teilt im wahrhaft wundervollem Amtsstil mit: Nach einer Verständigung mit der französischen Regierung sind den Ersuchungsschreiben in bürgerlichen Rechtssachen grundsätzlich Uebersetzungen in der Sprache des ersuchten Staates beizufügen. Sind einem Ersuchungsschreiben ergänzende Anlagen (z. B. Abschriften aus den Akten) beigefügt, so müssen auch diese übersetzt werden. Einer Uebersetzung der einem Ersuchen um Zustellung beiliegenden zustellenden Schriftstücke bedarf es nur dann, wann die Zustellung in der durch die innere Gesetzgebung des ersuchten Staates vorgeschriebenen Form bewirkt werden soll.

Soweit ausnahmsweise hiernach vorgeschriebene Uebersetzungen fehlen, sind die Uebersetzungskosten dem ersuchten Staat von dem ersuchenden zu erstatten. Die Aufnahme einer Erklärung hierüber in die gerichtlichen Ersuchungsschreiben bedarf es nicht. Gegebenenfalls ist bei solchen Ersuchungsschreiben die Erstattung der Uebersetzungskosten durch die Parteien durch Einforderung eines ausreichenden Auslagenvorschusses sicher zu stellen, bei französischen Ersuchungsschreiben der Betrag der inländischen Uebersetzungskosten in Rechnung zu stellen und seine Einziehung zu beantragen.

*

Wer beim erstenmal Durchlesen das Schriftstück begriffen hat, der mag uns freundlichst seine Adresse zustellen. Wir werden dann bei passender Gelegenheit uns dieses menschliche Phänomen ansehen. — Wahrscheinlich hat der amtliche preußische Pressedienst durch diesen Stil zeigen wollen, daß er wirklich „amtlich" ist.

Der Volkskirchenbund in der Georgengemeinde veranstaltet Freitag, den 26. Aug., abends 8 Uhr im Saale der Torschule einen Vortragsabend. Es wird über „Die Ziele der Volkskirchenbewegung" gesprochen und ein Lichtbildervortrag über „Die religiöse Kunst Fritz von Uhdes" gehalten werden.

Wem gehören die Kartoffeln? Am 17. 8. sind einem festgenommenen Manne 2 Säcke Kartoffeln, die er in der Büschdorf-Reideburger Flur gestohlen haben will, abgenommen worden. Der Geschädigte wird ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 20 oder 71, zu melden.

Saalschloßbaruerei. Mittwoch abend, den 24. August, 1/8 Uhr, findet großes Konzert unter Mitwirkung der Opernsängerin Frl. Anni Kühns statt. Außerdem Prachtillumination des Gartens mit großem Extrafeuerwerk, u. a. Venus-Diadem, Heliotropen-Tableaux, Kaskaden-Allee in den Riesen-Wasserfällen.

Sport und Körperpflege.

An die Arbeiter-Sportkartelle Mitteldeutschlands.

Am Sonntag, den 28. August d. M. findet im „Volkspark" zu Halle a. S., vormittag 9 Uhr eine sehr wichtige Konferenz statt.

Weger der Wichtigkeit dieser Tagung ist es erforderlich, daß die in Betracht kommenden Kartelle restlos vertreten sind.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung erst bekanntgegeben.

Der Vorstand. J. A.: E. Geißler, Halle, Huttenstraße 77.

Deutsche Turnvereine und Republik.

Es gibt doch immer noch sonderbare Wirrköpfe und das ganz besonders in Turnvereinen der Deutschen Turnerschaft. In einer Versammlung des Turnvereins „Frisch auf", Könnern, sollte der Austritt aus der Deutschen Turnerschaft beschlossen werden. Um dieses Staatsverbrechen zu verhindern, hatte der Vorsitzende des Vereins sich einen Vertreter des Gauvorstandes kommen lassen. Die Schlacht konnte nun beginnen und es wurde in der Versammlung mit allen staunenswerten Motiven von seiten des Vorsitzenden gearbeitet. Bei jeder Gelegenheit mußte ein ungeklärtes Statut die Handhabe bieten, daß ein Beschluß nicht zustande kommen konnte. Die große Zahl der Mitglieder erkannten ein solches Statut nicht für rechtsmäßig an, da nur eine Abschrift für den Gauvorstand vorhanden war. Nach dem Statut zählt der Verein wohl Mitglieder von dem 17. Lebensjahr an, aber stimmberechtigt sollen nur Mitglieder vom 20. Lebensjahr sein. Den Höhepunkt erreichte aber die Versammlung, als der gelehrte Herr Vorsitzende den Ausspruch eines Diskussionsredners „Wir befinden uns doch in einer Republik", als eine politische Handlung betrachtete. Diese Stellungnahme ist wieder ein Beweis, daß die Deutsche Turnerschaft in dem Lager der Reaktion gelandet ist. Nichts ist mehr von der feierlichen Erklärung der Deutschen Turnerschaft vorhanden, die sie nach Ausbruch der Revolution in der Deutschen Turnzeitung veröffentlichten, daß sie eine Demokratische Vereinigung sei und zur Republik stünden. Jetzt darf schon das Wort Republik nicht mehr in der Versammlung gebraucht werden. Wissen denn die Turner der Deutschen Turnerschaft nicht mehr, daß sie selbst Bürger der Republik sind und daß schon den ABC-Schützen in der Schule gelehrt wird, daß das Deutsche Reich eine Republik ist; oder haben sie noch niemals etwas von einer Reichsverfassung gehört. All diese Vorkommnisse müssen den Arbeiterturnern in der Deutschen Turnerschaft die Augen öffnen. Deshalb achtet auf die Führer und seht euch diese genau an.

Am Sonntag standen sich Sportlust I und Fichte I auf dem Sandanger gegenüber. Sportlust I schlug Fichte I 3 : 1, Sportlust II — Fichte II 6 : 1.

Aus dem Saalkreise.

In den sechs Krankenkassen des Saalkreises waren 1920 23 326 Versicherte vorhanden (1913: 23 573, 1915: 19 034, 1917: 20 109, 1918: 19 621, 1919: 21 757). Die Zahl der gemeldeten Lungenentzündungen betrug im vergangenen Jahre 80, wovon 15 tötlich verliefen. An Grippe erkrankten 1062, wovon 14 gestorben sind.

Die Beiträge der Stadt- und Landgemeinden des Saalkreises an die Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen betrugen dieses Jahr 177 800 Mark.

Könnern (S.). Partei- und Gewerkschaftsfest der Kommunisten. Am Sonntag fand hier oben genanntes Fest statt, ohne daß auch nur eine Gewerkschaft davon etwas wußte. Der stärkste Verband im Kartell Könnern, der Brauereiarbeiter-Verband, ist weder gefragt noch unterrichtet worden. Es war lediglich ein Parteifest der Kommunisten, welche auf diese Weise auf starke Beteiligung gehofft hatten. Sie haben sich aber geirrt. Im Umzug sah man meist fremde Gesichter von außerhalb. Die hiesigen Gewerkschaften waren nicht in die Falle gegangen. So sehen die „Einigungsbestrebungen" der V. K. P. D. aus.

Provinz und Umgegend.

Das Provinzialwohlfahrtsamt Sachsen

hielt am 20. und 21. August in Thale eine Provinzialkonferenz ab. Präsidialrat Breyer, Magdeburg, eröffnete und leitete die Verhandlungen. Aus dem von Frl. Roack, der Leiterin des Amtes, vorgetragenen Geschäftsbericht ging hervor, daß sich das Amt befriedigend entwickelt. Im letzten Jahre sind zehn Stadt- und Landkreise dem Amt neu beigetreten, sodaß zurzeit ihm 106 körperschaftliche Mitglieder angehören, außerdem eine große Anzahl Privater, namentlich große Firmen. Das Bureau des Amtes mußte verstärkt werden, da ihm viel neue Arbeit erwuchs. Die neugegründete Wohlfahrts- und Frauenschule in Thale entwickelt sich sehr gut. Sie hat gegenwärtig rund vierzig Schülerinnen. Die Schule ist geldlich ein selbständiges Unternehmen, so daß das Provinzialwohlfahrtsamt für etwaige Fehlbeträge nicht haftet. Nach Fürsorgerinnen sei große Nachfrage, namentlich nach solchen, welche die vorgesehene staatliche Prüfung bestanden haben. Eine in der Entstehung begriffene Neuschöpfung ist eine Provinzial-Entbindungsanstalt mit Mutterheim. Zurzeit werden Erhebungen über die etwaige spätere Benutzung der Anhalt angestellt. Der weitere Bericht behandelt die einzelnen Zweige der Wohlfahrtspflege. Es ist ein Provinzialstellennachweis eingerichtet worden, der Pflegestellen für Kinder vermittelt. Er befindet sich allerdings noch in den Anfangsstadien. Weiter besteht eine Provinzialstelle für Landaufenthalt von Kindern, die sich auch gut entwickelt. Die dem Provinzialwohlfahrtsamt auch angegliederte Krüppelfürsorgestelle verzeichnete im Berichtsjahr 478 Meldungen von Krüppeln, die Pflege bedurften. Leider reichten dazu die Mittel nicht zu. Die Fürsorge mußte so gut wie eingestellt werden, solange das Land kein Geld zur Verfügung stellt. Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Lungenschwindsucht sind eine Reihe weiterer örtlicher Fürsorgestellen gegründet worden. Es wurde auch eine provinzielle Unterstützungskommission für Lungenkranke gebildet, die hauptsächlich die vom Ausland gespendeten Lebensmittel für Kranke beschaffte. In der Gründung befindet sich eine Auskunftsstelle für Mittelstandsfürsorge. Vom Provinzialwohlfahrtsamt sind eine Anzahl Vorträge über ländliche Wohlfahrtspflege verzeichnet worden. Die „Sächsische Wohlfahrtspflege", das Publikationsorgan des Amtes, hat an Abonnenten sehr zugenommen. — Der Kassenbericht zeigt für 1920 eine Einnahme von 139 179 Mark und einen Kassenbestand von 59 839 Mark. Das Vermögen des Provinzialwohlfahrtsamtes ist durch Zuwendungen usw. auf 693 000 Mark gestiegen.

In der Aussprache wurde die Anstellung von Fürsorgeärzten und deren Anstellungsbedingungen besprochen. Es schloß sich eine Sonderkonferenz der Leiter der Kreiswohlfahrtsämter an.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Monat Juli.

Im Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug die Rohkohlenförderung im Monat Juli nach vorläufigen Erhebungen 6 866 656 To., die Brikettherstellung 1 748 732 To. Im Vormonat belief sich die Rohkohlenförderung auf 7 008 274 To., die Brikettherstellung auf 1 741 434 To. Es hat mithin die Rohkohlenförderung im Monat Juli gegen den Vormonat einen Rückgang von 2,06 Proz., die Brikettherstellung eine Steigerung von 4,19 Proz. erfahren. Im Monat Juli des Vorjahres betrug die Rohkohlenförderung 6 160 473 To., die Brikettherstellung 1 373 734 To. Gegen den Monat Juli des Vorjahres erhöhte sich mithin die Rohkohlenförderung um 11,46 Proz., die Brikettherstellung um 27,3 Proz. Diese erheblichen prozentualen Steigerungssätze erklären sich daraus, daß im Juli des vergangenen Jahres aus Anlaß des 10 prozentigen Steuerabzuges im Bornaer, Meuselwitz-Rositzer, Zeitzer und Bitterfelder Revier umfangreichere Arbeitsniederlegungen stattgefunden haben und die Förderung deshalb wesentliche Ausfälle zu verzeichnen hatte.

Während sich der Rohkohlenabsatz in einzelnen Revieren im Berichtsmonat etwas gehoben hat, verschlechterte er sich besonders auf den Werken des Bitterfelder und Magdeburg-Helmstedter Reviers weiterhin erheblich, so daß der werktätige Kohlenabsatz insgesamt nicht unerheblich gegen den Vormonat zurückgegangen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210823-14/fragment/page=0005

ist. In Briketts waren die Abforderungen weiterhin stark, der Absatz ging daher glatt vonstatten. Auch in Nußpreßsteinen und Grubekoks war ein glatter Absatz festzustellen. Infolge des schlechten Rohkohlengeschäfts erwies sich die weitere Einlegung von Feierschichten im Grubenbetrieb und im Abraum als notwendig. Stellenweise konnten auch Arbeiterentlassungen nicht vermieden werden.

Die Wagenbestellung war in den ersten drei Wochen des Monats gut, in der letzten Woche machte sich in einer Reihe von Revieren ein nicht unbeträchtlicher Wagenmangel bemerkbar. Lohnsteigerungen haben nicht stattgefunden, doch forderten die Arbeiterorganisationen des norddbaerischen Braunkohlenbergbaues ab 1. August d. J. eine Lohnerhöhung von 30 Proz. Von besonderen Ereignissen ist zu berichten, daß infolge der außergewöhnlichen Hitze in verschiedenen Revieren Brände in der freigelegten Kohle ausbrachen. Gleichfalls brannte im Berichtsmonat die Kohlensortieranlage der Gewerkschaft Ostheim bei Malsfeld ab.

Die Arbeitsvermittlung in unserer Provinz.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt hat im Monat Juli 28 282 männliche und 7188 weibliche Personen in Arbeitsstellung gebracht. Auf den Regierungsbezirk Magdeburg entfallen davon 9691 männliche und 2993 weibliche Personen, auf den Regierungsbezirk Merseburg 7548 männliche und 1580 weibliche, auf den Regierungsbezirk Erfurt 3835 männliche und 1807 weibliche, auf Anhalt 2208 männliche und 808 weibliche. Im gleichen Monat des Vorjahres lauteten die Ziffern auf 22 025 männliche und 7594 weibliche Personen. Auf die Arbeitsgebiete verteilen sich die Vermittelungen wie folgt:

Land- und Forstwirtschaft	3389	männliche	1135	weibliche
Bergbau	375	„	—	„
Metallverarbeitg. u. Maschinenbau	2081	„	218	„
Chemische Industrie	761	„	111	„
Spinnstoffgewerbe	48	„	257	„
Papierindustrie	16	„	110	„
Lederindustrie	78	„	257	„
Nahrungs- und Genußmittel	217	„	500	„
Bekleidung und Reinigung	469	„	390	„
Sonst. gelernte Fabrikarbeiterinnen	—	„	99	„
Ungelernte Fabrikarbeiterinnen	—	„	2286	„
Holz- und Schnitzstoffe	471	„	—	„
Baugewerbe	3915	„	—	„
Transportgewerbe	5768	„	—	„
Verwertgsfähigungsgewerbe	111	„	—	„
Handelsgewerbe	331	„	1546	„
Haus- und Gastwirtschaft	2876	„	1546	„
Freie Berufe u. künstler. Betriebe	2281	„	38	„
Lehrlinge aller Berufszweige	96	„	95	„

Merseburg — Querfurt — Weißenfels — Zeitz.

Müchein. Oeffentliche Versammlung der S. P. D. Die für vorigen Donnerstag einberufene Versammlung mußte wegen Verhinderung des angesagten Referenten ausfallen. Dafür wird am Donnerstag, den 25. August, Reichstagsabg. Genosse Krüger aus Merseburg sprechen. Genossen, unterstützt die Veranstaltung durch rege Agitation.

Weißenfels. Oeffentliche Versammlung der S. P. D. Am Donnerstag sprach hier in einer gut besuchten Volksversammlung der S. P. D. der Gen. Hesse-Halle über die Steuerpolitik und die politischen Kämpfe. In klaren Linien zeichnete er ein Bild der kapitalistischen Entwicklung bis zu seinen jetzigen krankhaften Zuckungen und der darauf folgenden Verelendung der breiten Massen. In diesem Stadium bilden sich Machtkämpfe zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, die besonders in den jetzt entbrennenden Steuerkämpfen zum Ausdruck kommen. Unsere Aufgabe muß es sein, die proletarische Klasse zur einheitlichen Masse zu gestalten. Denn erst dann kann sie sich mit elementarer Schwungkraft gegenüber der rücksichtslosen Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft behaupten. Die Versammlung zollte dem Vortrag reichen Beifall. In der Diskussion kennzeichnete Gen. Thronicker das Verhalten der bürgerlichen Presse bei dieser Auseinandersetzung. Besonders zeichnet sich das hiesige „Tageblatt" durch ödeste Begeiferung unserer Ziele aus. Es sei daher Pflicht eines jeden aufgeklärten Proletariers, dieses Papier, den eigenen ärgsten Feind, aus dem Hause zu weisen. Lest und werbt für die „Volksstimme".

Naumburg — Eckartsberga.

Naumburg. Ein hochherziges Geschenk. Wie die Naumburger Spitzbart-Presse mit Frohlocken meldet, hat die Bierbrauerei Hartung und Bartholo die Absicht, der Stadt Naumburg ein Kolossalgemälde der beiden Heerführer Hindenburg und Ludendorff als Geschenk anzubieten. Das Gemälde soll im Ratskellersaal aufgehängt werden und soll dort für alle Zeiten Zeugnis ablegen von der hochherzigen Gesinnung der Firma Hartung und Bartholo und ihrem vorzüglichen Gebräu, dessen Konsum in letzter Zeit entsprechenderweise (siehe Lagerbuch der Firma) zugenommen hat. Wie wir hören, hat die Firma Hartung und Bartholo das Gemälde als Gelegenheitskauf erworben. Die in Frage kommende thüringische Presse sinkt in Andacht vor dem „Kunstwerk" zusammen und beglückwünscht die Stadt Naumburg zu dem „packendvornehmen Werke". Es wird in dem Jubelhymnus auf Starke, den „Künstler", der nebenher auch Naumburger ist, von dem „kühlen, klaren Ludendorff" gesungen, der uns so kühl und klar ins Verhängnis hinein gekriegt hat, daß wir ein langes Menschenalter daran zu beißen haben werden. Ein sonderbarer Geschmack der Naumburger Bürgerschaft, die den Ratskellersaal zu ihrer Erbauung und Freude aufsucht, gerade diesen Unglücksmann Deutschlands vor die Augen zu stellen. Bestricht sich die Firma Hartung und Bartholo davon erhöhten Bierumsatz? Oder will sie mit diesem Schinken den Zankapfel in die Bürgerschaft werfen und auf diese Weise verdienen? Ein Eingeweihter will wissen, daß das Gemälde nachträglich gefälscht worden ist. So sind die Weinglaser, die ursprünglich den Tisch zierten, durch Bierglaser ersetzt worden, und einen volkstümlichen Vers soll das Gemälde auch nachträglich erhalten haben: Wie die beiden Männer hier, trink o Deutscher, Malvasier! „Geschmacklosigkeit!" würde das feinste Kirchenlicht des Naumburger Tageblattes, das neulich so rührend für die Heiligkeitung des Kirchenraums eintrat, sagen. Wir sagen: Geschäftstrick! Man darf gespannt sein, wie sich der Magistrat der Stadt zu diesem Hartung- und Bartholo-Gemälde verhalten wird, derselbe Magistrat, der in großzügiger, künstlerischer Weise die Herstellung des Rathauses beschlossen hat. Diese Malvasier-Reklame, so geschickt sie auch angedreht sein mag, wird er sicherlich nicht in sein Rathaus hängen. Oder vielleicht doch? Es gibt ja so viele trinkfeste Militärvereine in Naumburg, die so einen Schinken für ihr Vereinszimmer sicher nicht ablehnen würden.

Roßleben. Gemeindevertretersitzung. Nach den Ferien trat unsere Gemeindevertretung am 17. d. M. das erste Mal wieder zusammen. Auf der Tagesordnung standen 5 Punkte. Ein Antrag des Lehrerkollegiums der Fortbildungsschule um Erhöhung der Jahresstundensätze von 8 auf 10 Mark wurde rückwirkend ab 1. Juli genehmigt. Zu Punkt 2 wurde das Gesuch des Steigers Rahe um Ueberlassung eines kleinen Stückes Straßengelände an seiner Wohnung genehmigt. Der Preis beträgt pro Quadratmeter 6 Mark. Dadurch kommt wieder eine Ecke aus unserer Straßenflucht heraus, wie sie so viele haben. Punkt 3, Abrechnung vom Kinderfest, ergab einen Ueberschuß von 1965,15 Mark. Einem Antrag des Lehrerkollegiums, den Ueberschuß zur Verwendung des neu anzulegenden Kindergartens kommen zu lassen, wurde zugestimmt. So sehr wir es auch begrüßen, daß das übrigbleibende Geld zu diesem guten Zwecke verwendet wird, so muß man sich doch wundern, daß bei einem Kinderfest Geld übrig bleibt, da doch für dieses Fest die Wohltätigkeit aller Einwohner in Anspruch genommen wird. Zu Punkt 4 wurde die Neuwahl des Schulvorstandes der gewerblichen Fortbildungsschule vorgenommen. Neu bzw. wiedergewählt wurden die Herren Obersteiger Eichbaum, Otto Römer, C. Schulz, W. Sauer sen., Otto Gröpler und Gen. Baumann. Punkt 5 Geschäftliches. Ein Schreiben des Herrn Metz über Erhöhung der Zählermiete wurde zur Kenntnis genommen. Eine Forderung der Eisenbahn-Direktion Erfurt über Aufruhrschäden an den Bahnanlagen beim letzten Kommunistenputsch wurde aus vorliegenden Gründen abgelehnt. Auf ein nachmaliges Schreiben des Elternbeirats der Volksschule Roßleben wegen Ueberfüllung der Klassen und Herrichtung eines achten Klassenzimmers soll an die Regierung ein Gesuch um Beihilfe zum Ausbau der Schnellsenne gemacht werden. Für das Läuten der Glocken bei Begräbnissen wurden dem Kirchendiener Schütze statt 3 Mark jetzt 6 Mark bewilligt. Herr Putze will sein Amt als Nachtwächter niederlegen. Es soll darum erneut zwecks Aufbesserung des Gehaltes mit selbigem verhandelt werden. Alle Gemeindevertreterstellungen sind öffentlich, darum Genossen, besucht die Sitzungen.

Sangerhausen — Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Eisleben. Volksbühne. Wenn nicht alles trügt, wird am Freitag die Arbeiterschaft Eislebens und Umgebung ihren großen Tag haben. Ist ihnen doch oft genug in letzter Zeit vorgeworfen worden, ihr Bildungshunger sei nur leeres Gewäsch und in Wahrheit habe die Sache ganz anders aus. Die wirkliche Wahrheit aber ist, daß es durchaus nicht „anders aussieht", sondern die Arbeiterschaft bisher einfach keine Gelegenheit hatte, ihr starkes Interesse an der aufstrebenden „Volksbühnenbewegung" zu zeigen, aus dem einfachen Grunde, weil das Heim der Arbeiterschaft, das Volkshaus, bisher niemals zum Platz der Aufführungen gewählt worden war. — Es besteht nunmehr begründete Aussicht, daß bei den Aufführungen auch das Volkshaus in erste Linie gerückt wird und damit ist der letzte Bann gebrochen. Gleich der erste Spielabend am Freitag muß beredtes Zeugnis ablegen von dem festen Willen der Arbeiterschaft, jegliche Kulturarbeit mit allen Mitteln zu unterstützen. Zu diesem ersten Abend haben sich sowohl das Gewerkschaftskartell wie alle drei Linksparteien zusammengetan, um die Wiederholung des taktigen Schauspiels „Luxtlaumsbrunnen" (Walter Bloem) herbeizuführen. Die Erstaufführung dieses prachtvollen Werkes hat einen darob schlagenden Erfolg gezeitigt und auch dieses Mal wieder ist es gelungen, die gesamte erste Besetzung herbeizuholen. Einen besonderen Wert erhält die Aufführung im Volkshause dadurch, daß außer dem Spielleiter F. G. Gros-Magdeburg, auch der dortige Oberspielleiter Picion, sowie Herr Direktor Marland selbst, die Hauptrollen verkörpern werden. — — — Nun liegt es also an der Arbeiterschaft, zu zeigen, daß die ungeheueren Anstrengungen, unter denen das Werk geboren ist, kein vergebliches gewesen sind. Ein Massenbesuch am Freitag muß durch sich selbst wirken. Die Karten, für die ein Eintrittspreis von 3 Mk. festgesetzt ist, sind bei allen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, sowie in sämtlichen Konsumvereinen zu haben.

Eisleben. Stadtverordnetensitzung. Die am gestrigen Montag nachmittag stattgefundene Sitzung unseres Stadtparlaments beschäftigte sich mit 24 Punkten. Die wesentlichen Beschlüsse sind Errichtung eines Volksbades (Kostenpunkt 520 000 Mk.), sowie die Bewilligung von drei Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues. Dabei entwickelten sich naturgemäß lebhafte Debatten, besonders auch über die sonderbare Bauweise der Siedlungsgesellschaft „Sachsenland", deren Häuser, wie die Debatte ergab, derartig schlecht gebaut seien, daß die Gesellschaft, anstatt mehr Geld als Nachbewilligung zu erhalten regreßpflichtig gemacht werden soll. Wir kommen auf die Sitzung morgen näher zurück. — — „Unser täglich Brot gib uns heute!" Vom Magistrat wird uns im Hinblick auf unseren diesbezüglichen Artikel geschrieben: Ueber die Beschaffenheit des Brotes wird mit Recht vielfach geklagt. Die Hauptursache dafür ist die, daß die alten Mehlvorräte vom vorigen Jahre restlos aufgebraucht sind und daß deshalb nur frisches Korn diesjähriger Ernte zum Vermahlen gelangt ist. Der erste Roggen, der hier eintraf, war aus schwerem Boden und mußte, wenn die Broternährung nicht stocken sollte, unmittelbar vermahlen werden, ohne daß ihm die sonst übliche Zeit zum „Ausschwitzen" gelassen werden konnte. Infolgedessen war das Brot in der ersten Woche des neuen Umlagejahres, obwohl es aus 85 Prozent Roggen und 15 Prozent Gerste ohne alle Beimischungen bestand, noch schwer und klebrig. Dieser Uebelstand wird von Woche zu Woche geringer werden, weil der Roggen von jetzt ab zu Boden genommen wird. Dem Mehl Weizen zuzusetzen, war bisher leider nicht möglich, weil Weizen als Umlagegetreide überhaupt noch nicht abgeliefert ist. Nachteilig beeinflußt kann die Beschaffenheit des Brotes übrigens auch dadurch werden, daß das Badverfahren, welches bisher auf ein mit Mais zu 10 Prozent gestrecktes Mehl mit großem Bestandteil Weizen eingerichtet war, erst umgestellt werden muß auf das neue Mehl, in welchem Weizen und Mais gänzlich fehlen.

Helbra. Stenographien. Uns wird geschrieben: Wenn man sein Wissen bereichern will im Stenographieren, so ist es nötig, daß man sich zunächst an Kenner wendet, um ein wirklich praktisches System zu erlernen. Leider gibt es in Deutschland acht Systeme, und jedes behauptet das beste zu sein. Dabei ist aber auch die Regierung nicht in der Lage, hier einzugreifen und eine Einigung herbeizuführen. Die älteren Systeme sind: Gabelsberger und Stolze-Schrey, die behaupten, weil sie die ältesten sind, auch die besten zu sein, wie bei den Bauern, die sich nicht von ihrem alten Pflug trennen können und wenn sich die Ochsen die Hörner ausdrücken. Zur Sache selber ist es nötig, die Systeme und ihren Zustand einmal zu beleuchten. Das Gabelsberger System ist eigentlich das älteste, dann kommt Stolze und Schrey, die sich vereinigt, aus diesen Systemen hat sich dann die Stenotechnographie gebildet, welche sämtliche Satzzeichen den genannten Schulen entnommen und eine neue Schule gegründet mit der Erfindung, daß die Schriftzeichen der Stenotechnographie nach der Aehnlichkeit der lateinischen Schriftzeichen formiert wurden. Das ging eine Weile ganz gut, bis in der Schule sich ein Bedürfnis bemerkbar machte, daß eine Reformierung nötig ist. Dabei kam es zur Spaltung und aus der Stenotechnographie entstand die Reformstenographie, das Neueste und Beste auf diesem Gebiete. Eine jede alte Stenographenschule steht heute das Bedürfnis, in seinem System eine Reformierung, d. h. eine Verbesserung vornehmen zu müssen, aber alle haben aus Erfahrung gelernt, daß das Verbessern viel, sehr viel Zeit und Arbeit beansprucht, deshalb läßt man aus Klugheit oder aus Angst die Finger davon. Die Reformstenographie ist somit aus den alten Systemen hervorgegangen, ist also eine verbesserte Kurzschrift. Die Reformstenographie kann von jeder Arbeiterkind, das einigermaßen die deutsche Rechtsschrift beherrscht, gelernt und praktisch verwertet werden, weil dabei in peinlichster Sorgfalt von den Reformern alle Vorbestimmungen auch auf die Erleichterungen eingehalt worden. Es ist deshalb schon für jeden Proletarier, der vorwärts strebt, auch das Beste für sich in Anspruch zu nehmen. Für Helbra beginnt der nächste Kursus am 1. Oktober, der Verein besteht seit 1898, derselbe hat sich stets allen anderen gegenüber behauptet.

Grobömer. Landkreiskonferenz. Am verflossenen Sonntag fand hier eine Konferenz des Landkreises Mansfelder Gebirgskreis statt, die sich mit dem bevorstehenden Kreistag (am 25. August in Mansfeld) beschäftigte. Sie fand unter dem Vorsitz des Gen. Schulmann aus Grobömer statt. Vom Unterbezirk waren die Gen. Müller und Strauß aus Eisleben anwesend. Die Aussprache war eine recht lebhafte und ein beredtes Zeugnis, daß ein lebhafter Geist in unserer Organisation Platz greift. Die Konferenz stand, was Besuch angeht, teilweise unter dem Eindruck der im Mansfelder Bezirk im Gange sich befindlichen Ernte.

Nelben. Agrarische Ausbeutung der Jugend. Man schreibt uns: Bei dem Gutsbesitzer Wolke in Nelben sind vier bis fünf Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren beschäftigt, welche gezwungen werden, am Tage 12 bis 14 Stunden zu arbeiten. Morgens ½4 Uhr werden sie geweckt und um 4 Uhr müssen sie an die landwirtschaftliche Arbeit zum Wochenlohn von 10 Mk. melken, natürlich der Herr Wolke mit materialistischen zahlt. Abends nach 8 Uhr müssen dann zwei der Jugendlichen noch fünf bis sechs Paar Stiefeln putzen. Wo ist die achtstündige Arbeitszeit? Hier müssen die strengsten Strafparagraphen hervorgeholt werden. Unsere Genossen werden diesen Fall zur Anzeige bringen. Wie wird das Urteil wohl fallen? Wir raten den Herrschaften, die Schraube nicht zu fest zu ziehen, denn der Krug geht nur so lange zum Brunnen, bis der Henkel bricht.

Torgau — Liebenwerda.

Thalia. Gründung eines Ortsvereins der S. P. D. Auch hier hat unsere Partei jetzt Fuß gefaßt. Vom Distriktsvorstand Liebenwerda wurde nach guter Erledigung der Vorarbeiten diese Arbeit ausgeführt. Es schlossen sich sofort 18 Genossen dem neuen Ortsverein an. Es ist nach Lage der Dinge mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sich die Ortsgruppe noch ganz bedeutend vergrößern wird. Den Genossen wünschen wir noch weitere Erfolge im Interesse des Sozialismus. Selbstverständlich ist bei der nun einsetzenden Agitation die Werbearbeit für die „Volksstimme" nicht zu vergessen.

Parteinachrichten.

Genosse Gustav Heller †.

Der Sekretär unserer Fraktion im preußischen Landtag, der Landtagsabgeordnete Gen. Gustav Heller, ist im Krankenhaus in Berlin, wo er sich einer Operation hatte unterziehen müssen, plötzlich an Herzschlag gestorben.

Von Geburt ein Süddeutscher und zu Anfang seiner Laufbahn in Süd- und Westdeutschland tätig, hat Gustav Heller es verstanden, sich in kurzer Zeit in der Berliner Parteibewegung einen geachteten Namen und das Vertrauen der Berliner Parteigenossen zu erwerben.

Er war am 17. Mai 1878 in Stuttgart geboren, hat also nur ein Alter von 43 Jahren erreicht. Von Haus aus Mechaniker, wandte er sich mit großem Eifer der Genossenschaftsbewegung zu, in der er seit 1909 einen Beamtenposten bekleidete. Während des Krieges war er wieder in der Fabrik tätig, was für seine spätere Laufbahn von entscheidender Bedeutung sein sollte. Dank seiner organisatorischen und geistigen Fähigkeiten wurde er bald Vertrauensmann der Berliner SPD.-Metallarbeiter. Am 9. November 1918 gehörte er zu jener Arbeiterdeputation, die zusammen mit Ebert und Braun beim Reichskanzler Max von Baden erschien, und ihn zum Rücktritt veranlaßte. Noch kurz vor der Revolution hatte er mit einem Kreis gleichgesinnter Obleute — leider erfolglos — auf die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien hingearbeitet. Eine Zeitlang gehörte Heller auch dem Zentralarbeiterrat an. Bei den Wahlen zur Preußischen Landesversammlung wurde er von den Berliner Parteigenossen in das Preußenparlament entsandt. Die Fraktion wählte ihn zu ihrem Sekretär. Dieses Amt führte er auch fort für die jetzige Preußische Landtagsfraktion, der er wieder als Vertreter Berlins angehörte.

Die Partei und insbesondere die Berliner Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus aller Welt.

Essen. Schweres Grubenunglück. Auf der hiesigen Schachtanlage der Gewerkschaft Vereinigte Helene und Müller hat sich ein schweres Grubenunglück ereignet, als die Bremsscheibe eines Luftschaspels durch eine Dynamitexplosion gesprengt wurde. Vier Bergleute wurden getötet, 12 erlitten lebensgefährliche Verletzungen. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Bei der amtlichen Untersuchung wurde festgestellt, daß bei der amtlichen Untersuchung des Unglücksfalles wurde festgestellt, daß das Unglück durch zwei überladene Schüsse hervorgerufen wurde, die zum Sprengen der beschädigten, auf andere Weise nicht lösbaren Bremsscheibe des Luftschaspels angelassen wurden. Da in der Schießstitte des zündenden, inzwischen seinen Verletzungen erlegenen Schießmeisters ein Rest von Dynamitpatronen gefunden wurde, so ist anzunehmen (!), daß nicht, wie anfänglich angenommen, mit Sicherheit Sprengstoff (Detonit), sondern mit Dynamit die Sprengung der Scheibe vorgenommen ist. Da man sich über die Schußwirkung täuschte, hatten sich die Beteiligten, zwei Beamten und zehn Arbeiter, nur wenige Meter von der Schußstelle entfernt. Die Schußstelle lag fünf Meter über der Sohle. Die Abgabe der Sprengschüsse erfolgte durch elektrische Momentzündung, wobei die Schüsse jedoch nicht, wie bei der Momentzündung zu erwarten ist, gleichzeitig, sondern in kurzem Abstande aufeinander folgten. Bei Abgabe der Schüsse entwickelte sich eine Flammenerscheinung, durch die die Beteiligten lebensgefährliche Verbrennungen erlitten.

Voraussichtliches Wetter.

Mittwoch, den 24. August: Ziemlich warm, trocken, ziemlich heiter.

Donnerstag, den 25. August: Vielfach heiter, trocken, etwas wärmer.

Amtliche Bekanntmachungen für Eisleben.

Obstverkauf.

Der städtische Obstverkauf wird Mittwoch, den 24. August, fortgesetzt. Ausweis Nr. 3501—6500.

Eisleben, den 23. August 1921.

Der Magistrat. Dr. Waltsgott.

Betrifft Brotpreis.

Durch Bekanntmachung vom 10. d. M. ist der Preis für ein Brot im Gewicht von 1900 Gramm auf 6,20 Mark festgesetzt worden. Für ein Pfund Brot beträgt er 1,63 Mark. Die bereits im Verkehr befindlichen Brottarten bis zum 28. August werden jedoch noch mit 2000 Gramm wöchentlich je Kopf beliefert. Hieraus ergibt sich die Richtigkeit des Preises von 6,50 Mark für die bis zum 28. August noch zum Verkauf kommenden 4-Pfund-Brote (2000 Gramm). Die Bäckereien dürfen demnach mit Recht einen Preis von 6,50 Mark für 4 Pfund Brot fordern.

Eisleben, den 19. August 1921.

Der Magistrat. Dr. Waltsgott.

Am Mittwoch, den 24., und Donnerstag, den 25. d. M., erfolgt die Ausgabe der Lebensmittelkarten in den bekannten Geschäften. Zur Ausgabe gelangen:

a) Brottarten, je Person 1900 Gramm wöchentlich für die Zeit vom 29. August bis 25. September 1921.

b) Brotzusatzkarten für Schwerarbeiter über 1 Pfund wöchentlich.

c) Zuckermarken für September und Oktober an sämtliche Einwohner.

d) Zuckerzusatzkarten für Kinder bis zum Alter von 1 Jahr über 250 Gramm.

e) Desgleichen für Kinder von 1—2 Jahren über 125 Gramm.

Die Marken sind sofort nachzuprüfen. Nachforderungen werden nicht anerkannt.

Für verspätetes Abholen vom Wirtschaftsamt sind 50 Pfg. Mehruntostenbeitrag zu entrichten.

Ueber die Höhe der Bezugsmenge der Hauptzuckermarken für September und Oktober ergeht noch eine Bekanntmachung.

Eisleben, den 22. August 1921.

Der Magistrat. Dr. Waltsgott.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210823-14/fragment/page=0006

Für die arbeitende Jugend

Jugendbeilage der „Volksstimme"

Nr. 17

Ein Jahr Arbeiterjugendbewegung.

Auf, Brüder, wir sind Geist und Kraft,
Wir schwingen Schwert und Fahnenschaft,
Der Sieg bleibt doch dem Banner rot,
Der Menschheit leuchtend Morgenrot.
Wir schreiten! Wir schreiten!

So sprach der junge Dichter und Schlosser Willi Kagelmacher vor der Arbeiterjugend, die im vorigen Jahre aus allen Teilen des Reiches in Weimar zusammenkam. Zweitausend junge Menschen nahmen diese Verse mit in die Heimat und den Alltag als Kampf- und Weckruf. Fast ein Jahr ist seitdem ins Land gegangen. Der Verband der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands hat sich in der Zwischenzeit außerordentlich gut entwickelt. Konnte er damals über 850 Vereine mit ungefähr 60 000 Mitgliedern berichten, so sind heute über 1000 Vereine in Stadt und Land mit über 80 000 Mitgliedern im Alter von 14 bis 18 Jahren vorhanden. Die Auflage der „Arbeiter-Jugend" stieg in derselben Zeit von 54 000 auf 73 000, der „Führer" steigert die Zahl seiner Bezieher von 3500 auf 5000. Alle Zahlen sind auch heute noch im steten Wachsen begriffen. Weiter gab der Verband eine ganze Anzahl Schriften heraus. Die bekanntesten sind „Das Weimar der arbeitenden Jugend" (Mk. 10.—) und das Jugendspiel „Spielmanns Schuld" (Mk. 3.—). Dazu kommen die eben erschienenen Schriften. Das Wachsen und Werden der Bewegung zeigt sehr fein das 120 Seiten starke Heft „Von Weimar bis Bielefeld", zusammengestellt von E. Ollenhauer (Mk. 5.—, geb. Mk. 7.50.). Weiter hat Joh. Schult in seiner Broschüre „Das Jugendproblem in der Gegenwart" (Mk. 2.—) treffliche Gedanken niedergelegt.

Ueberall wurde weiter versucht, durch Jugendschutzkommissionen und Mitarbeit in den Gewerkschaften, durch schriftliche und mündliche Aufklärungen dem Jugend- und Lehrlingsschutz mehr Geltung zu verschaffen. Eine eingehend begründete Eingabe an den Reichstag fordert ein neues, ausreichendes Jugendschutzgesetz. Durch zahlreiche Bezirkskonferenzen, Jugendleiter- und Helferkurse wurde an der geistigen und organisatorischen Vertiefung der Bewegung gearbeitet. So fanden im Jahre 1920 in 578 Vereinen 648 Vortragskurse mit 42 122 Teilnehmern statt. Dieselben Vereine berichteten weiter über 6654 Vorträge mit 218 373 Teilnehmern, Mädel und Jungen. „Außenspiele und Volkstänze" wurden 5828 mal mit 163 941 Besuchern veranstaltet. Dazu kommen noch Turnabende, Gymnastik, Baden, Schwimmen und dergleichen mehr.

Jugend und Freude gehören unzertrennlich zusammen. 1456 künstlerische und Jugendfeste wurden von 167 476 Jugendlichen besucht. Bei diesen Festen wirkte in hervorragendem Maße die Jugend selbst mit. Die Zahlen für die literarischen und bunten Abende (Unterhaltungsabende) sind noch zwei bis drei mal so hoch. Das rege Organisationsleben kommt in der Zahl der Mitgliederversammlungen zum Ausdruck. 6641 Versammlungen mit über 180 000 Teilnehmern wurden abgehalten. Auch die Werbeveranstaltungen der Vereine wiesen eine starke Beteiligung auf. Dabei muß man bedenken, daß von den am Schluß des Berichtsjahres bestehenden 850 Vereinen nur 578 berichteten.

Aus all diesem geht hervor, daß hier eine ungeheure Erziehungsarbeit von der Jugend und den älteren Helfern des Verbandes geleistet worden ist. Geistige Werte sind geschaffen worden, viele wirtschaftliche Bedrängnisse wurden beseitigt, eine reiche Jugendkultur im Vereinsleben und auf den Wanderungen ist herangewachsen. Jeder, der näheres erfahren will, sollte sich die neue Schrift: „Von Weimar bis Bielefeld" (zu beziehen durch alle Buchhandlungen, oder direkt vom Verlag des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 3) zulegen.

Von der Jugendkonferenz des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am Freitag und Sonnabend tagte in Kassel die Konferenz der gewerkschaftlichen Jugendorganisationen des A. D. G. B. Wie aus dem Bericht des Vorsitzenden Sassenbach hervorging, vertraten die anwesenden 65 Delegierten 300 000 Mitglieder. Als Gäste waren anwesend unsere Genossen Aug. Albrecht und Walter Eldiger. Von der „Sozialistischen Proletarierjugend" war Breuer-Erfurt vertreten.

Nach einzelnen Referaten wurden folgende Entschließungen angenommen: „Zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben, die über den Rahmen einzelner Gewerkschaften hinausgehen, sind durch die Ortsausschüsse des A. D. G. B. Jugendkommissionen zu bilden. Der A. D. G. B. wird ersucht, die bereits an einzelnen Orten vorhandenen Satzungen von Jugendkommissionen zu sammeln und Mustersatzungen auszuarbeiten. Die Jugendlichen sind in den Arbeiten der Jugendkommissionen in ausreichender Weise heranzuziehen. Zur wirksamen Förderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ist die Schaffung entsprechender zentraler Einrichtungen in den einzelnen Gewerkschaften ein dringendes Erfordernis. Der A. D. G. B. wird ersucht, ein besonderes Jugendsekretariat einzurichten, das die gewerkschaftliche Jugendarbeit im Reiche zu bearbeiten hat. Für die Funktionäre wird ein besonderes periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt herausgegeben. Soweit Aufgaben in Frage kommen, die die gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen gemeinsam interessieren, ist es die Aufgabe des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen, vermittelnd und anregend zu wirken."

Weiter wurde eine Grundsatzerklärung angenommen, in der es heißt: „1. Die in der politischen Arbeiterbewegung bestehende politische Zersplitterung und die damit verbundene Lähmung der Kampfkraft der Arbeiterklasse hat sich auch auf die Jugendbewegung übertragen. Bei einer organisatorischen Eingliederung der politischen Jugendorganisationen in die gewerkschaftlichen Jugendkartelle besteht die Gefahr, daß die politischen Auseinandersetzungen auch in ihre Reihen hineingetragen werden. Im Interesse der gewerkschaftlichen Jugendbewegung liegt es aber, soll sie ihre Bestrebungen erfüllen, wenn solche Auseinandersetzungen ferngehalten werden. 2. Die Vertretung wirtschaftlicher Interessen liegt den politischen Jugendorganisationen nicht ob. Soweit sich die Tätigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen bei der Wahrnehmung der geistigen Interessen der Jugendlichen berührt, ist ein Zusammenarbeiten zu empfehlen."

Ferner wurde noch einstimmig beschlossen, „daß vom Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen erwartet wird, daß er schleunigst Vorschläge zur Fürsorge für die arbeitslose Jugend und zur Einführung der Schulentlassenen in das Wirtschaftsleben ausarbeitet".

Ein Antrag der Genossin Scheibenhuber-Berlin fand ebenfalls einstimmige Annahme. In diesem wird gewünscht, daß der Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen zum Schutz und zum Wohle der Jugend auch auf die in der Hauswirtschaft Beschäftigten sich erstreckt. In diesem Antrag wird weiter ein Wahrt der Ausbildung von Lehrlingen durch Heimarbeiter verlangt.

Der junge Arbeiter.

Nun ist der Tag vergangen.
Die Räder stehen still.
Ich darf mit frohen oder bangen
Gedanken denken, was ich will.
Ich darf den Glanz noch sehen,
der in der Ferne sinkt,
und will das große Glück verstehen,
das aus der Ferne winkt.

Ich darf im Tag entschwinden,
dem Glut und Glücke fehlt,
glutvoll die eigne Seele finden,
die sich der Welt vermählt.
Die Straßen gehn zur Ruhe.
Mein Blut braust wild und toll.
Ich weiß in allem, was ich tue,
die Zukunft, der ich dienen soll.

Ich seh zu meinen Füßen,
mein Schicksal dumpf und hart.
Das Leben aber will ich grüßen,
den Tag, der meiner Kräfte harrt.
Ich fühle mich dem Heere
der Brüder eingereiht.
Wir schaffen — daß uns niemand wehre! —
aus eigner Kraft uns uns're Zeit!!

Hans Gathmann.

Jungsozialisten und Partei.

Die Frage: „Muß die jungsozialistische Bewegung den Charakter einer Massenbewegung — ähnlich den der Arbeiter-Jugendbewegung — annehmen, um sich erfolgreich durchzusetzen, kann man mit „Nein" beantworten. Das erklärt sich aus ihrer Stellung in und zur Sozialdemokratischen Partei. Die Partei als solche ist die Zusammenfassung und Organisierung von Kräften und ihre Ausdarmachung von Ideen für die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Boden der Demokratie. Dieses Energiereservoir bedingt, um seine Aufgabe voll und ganz zu erfüllen, nicht nur Menschen, die von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Organisation überzeugt sind, sondern auch Menschen, die auf Grund des wissenschaftlichen Sozialismus in und durch die Partei wirken wollen.

Aus diesen intensiven Eindringen in die Materie der sozialistischen Gedankenwelt und der Umwelt die Nutzanwendung ziehen und die Kräfte schätzen, die der Klassenkampf der Gegenwart zu notwendig braucht, ist eine Aufgabe, die die breite Basis einer Massenbewegung nicht umfassen kann, wenn sie nicht der Verflachung anheimfallen will. Und hier setzen die besonderen Hauptaufgaben der Jungsozialisten ein.

Sie müssen aber auch aus der Erkenntnis und praktisch-politischen Anwendung des historischen Materialismus mit einem Idealismus, frei von allem Schwarmgeist, ein sozialistisches Kulturbewußtsein als Weltanschauung organisch entwickeln. Nicht durch einfaches Beiseitelegen bürgerlicher Kulturformen, um an ihre Stelle neue idealistische Bedürfnisbegriffe zu setzen, die sich immer nur auf einem kleinen Kreis beschränken müssen. Nein! — durch ein natürliches, klares Erfassen des Verhältnisses Mensch zum Menschen und zu dem was ist, durch geistig-sittliche Entwicklung zu einem Niveau, das wahres Menschentum heißt. In dieser Auffassung kann die jungsozialistische Bewegung als eine theoretische und praktische Vorschule für die Partei betrachtet werden, denn sie muß der Partei das geben und sein, was die große Masse nicht sein kann.

Arbeiten die Jungsozialisten so in Gemeinschaft und mit der Erfahrung der alten Genossen, dann wird der wirtschaftlich-politische Sozialismus im Verein mit dem ethischen nicht nur seine geschichtlich-gesichtliche Existenzberechtigung beweisen, er wird auch erobernde Positionen zu halten verstehen, und darauf kommt es letzten Endes an.

O. K.

Der Jugendwerbetag in Weißenfels.

Für unser, am 28. August im „Neuen heiteren Blick" stattfindendes Jugendwerbefest ist folgendes Programm vorgesehen: Bis früh 8 Uhr Sammelpunkt und Empfang der auswärtigen Jugendgruppen am Bahnhof Weißenfels. Abmarsch vom Bahnhof unter Leitung der Ortsgruppe der S. P. D. durch die Stadt und Besichtigung von Weißenfels und Umgebung. 12 bis 2 Uhr Mittagspause. 2½ Uhr Abmarsch durch die Stadt nach dem Festplatz „Neuer heiterer Blick", vom Aufstellungsplatz (Bürgerschulen-Promenade). Von 3 Uhr ab Abwicklung der programmäßigen Aufführungen der Jugendgruppen: Halberstadt, Merseburg, Naumburg, Roßbach, Mücheln. Festrede des Genossen Karl Garbe aus Halle. — Darbietungen der Jugend in Freilichtspielen, Volkstänze, Reigen, Rezitationen, gemeinschaftliche Lieder, Kinderspiele. Bei eintretender Dämmerung Fackelzug. Im Saale gemütliches Beisammensein.

Jugendfest in Delitzsch.

Jugendfreundinnen und Freunde! Am 27. und 28. August findet in Delitzsch ein Propagandatag der Arbeiterjugend statt. Dazu laden wir Euch alle herzlichst ein. Auch hier in Delitzsch wollen wir die Lauen aufrütteln. Das Programm hat in großen Umrissen folgende Gestalt:

Sonnabend, den 27. 8. 7 Uhr abends: Empfang der auswärtigen Teilnehmer, ½9 Uhr: Antreten zum Fackelzug auf dem Schützenhof.

Sonntag, den 28. 8. 8 Uhr morgens: Sammeln am Schützenhaus. Von dort gemeinsamer Rundgang durch die Stadt. Von 10 bis 12 Uhr Spiel und Tanz auf dem Schützenplatz. Nachmittag ½2 Uhr: Antreten zum Umzug. Es folgt dann Spiel und Tanz auf dem Schützenplatz.

Die hallischen Jugendgenossinnen und Genossen werden uns mit der Aufführung eines Freiluftspieles beglücken. Als Redner für Sonnabend Abend haben wir den Gen. Karl Garbe gewonnen. Also Jugendfreundinnen und Freunde! Bringt vor allem frohen Mut und frischen Geist mit nach Delitzsch. Uns winkt frohes Treiben und ernste Arbeit!

Der Vorstand. J. A. M. Knoll.

Die Arbeiterjugend und der Alkohol.

Unsere Arbeiterjugend strebt bewußt danach, sich schon heute frei zu machen von der „Kultur"schlacke der noch herrschenden kapitalistischen Gesellschaft. In diesem Bestreben macht sich vor allem unser Kampf gegen Nikotin, Alkohol, Kneiperei, Spielteufel, Tanzbodentrummel usw. bemerkbar. Auch auf unserem Jugendtag in Bielefeld hat es sich gezeigt, daß dieser Kampf keine zufällige Spielerei, sondern ein mit ernstem Wollen beschrittener Weg nach vorwärts ist. Der parteineutrale Arbeiterabstinentenbund hat ganz besonders vom Standpunkt der Alkoholfrage das Treiben der Jugend in Bielefeld beobachtet und gibt nun darüber in seinem Organ „Der abstinente Arbeiter" vom 15. Aug. eine interessante Schilderung der auf dem Reichsjugendtag gemachten Beobachtungen. Dem Bericht entnehmen wir folgende Zeilen: „Es wurden verteilt 3800 Broschüren; Jugend und Alkohol von Viktor Adler, Jugendbewegung und Alkoholfrage von Simon Katzenstein, Die Waldheimstätte im Kampfe gegen den Alkoholismus von Karl Löwe. Außerdem 3000 „Abstinente Arbeiter", 4400 Postkarten (Frank-Postkarten, Spruch- und Propagandapostkarten); 3000 Aufnahmescheine, 9500 Flugblätter (Lieber Jugendgenosse, Sport und Alkohol). — Die Jugendlichen nahmen unsere Sachen gern, haben geholfen, wenn große Trupps der Burschen und Mädels ankamen. Die Versammlungsräume der „Eisenhütte" (Verbandshaus der Metallarbeiter) waren als Empfangs-, Ausstellungs- und Büroräume eingerichtet. Wir haben keinen Jugendlichen gesehen, der alkoholische Getränke zu sich nahm. Von dem Wirt der „Eisenhütte" waren genügend alkoholfreie Getränke zur Verfügung gestellt worden. Leider können wir dasselbe von dem Bielefelder Konsumvereln nicht sagen. Der Konsumverein hatte den Vertrieb alkoholfreier Getränke und auch von Backwaren auf den Spielwiesen übernommen. Den Tausenden und Abertausenden, die auf den Zug zu einigen zusammenkamen, war er nicht gewachsen. Die Organisation zur Beschaffung alkoholfreier Getränke war nicht so, wie wir es von einem großen genossenschaftlichen Unternehmen erwarten dürfen. Vielleicht war die Leitung auch nicht böse darüber; hatte sie doch Bier in entsprechender Menge vorrätig. Was wir aber auch hier feststellen können, ist, daß die Jugend sich von dem „Kulturträger" Alkohol ferngehalten hat. Die Bier getrunken haben waren die alten Freunde eines „guten Tropfens", die wir bekanntlich in allen Arbeiterparteien finden."

Jugendgenossinnen und Genossen! Wir dürfen stolz sein auf das Lob, das uns hier von den Arbeiterabstinenten gezollt wird. Den Arbeiterältern aber, die ihre Kinder noch in unverständlicher Voreingenommenheit gegen die Jugendbewegung von uns fernhalten, mögen diese Zeilen ein neuer Beweis ihrer damit begangenen Unrechtlichkeit sein. Denkt darüber nach, daß bei einer Zusammenkunft von 12 000 Jugendlichen trotz brennender Hitze kein Alkoholtrinker beobachtet wurde! Die Arbeiterjugend wird aber auf der als richtig erkannten Bahn weiterschreiten.

Arbeiteretern, freut Euch dessen, schickt Eure Kinder zu uns!

Willkommen!

Die letzten Sonntage fanden unsere Vereine in reger Tätigkeit, die auch von Erfolg gekrönt war. Drei neue Kampfgemeinschaften der Jugend konnten gegründet werden. Erst in Roßbenburg a. S., dann in Eisleben und in Wiehe. Eine beträchtliche Anzahl Jugendlicher trat sofort diesen neuen Vereinen bei. Neue Kämpfer sind damit für den Sozialismus gewonnen. Schwer wird ihre Aufgabe sein, aber der fröhliche Lebensmut der Jugend wird ihnen in ihrer Tätigkeit ein Helfer sein, der auch die schwersten Aufgaben bewältigen hilft. Immer „vorwärts streben und nimmer rückwärts schreiten", das sei der Wahlspruch aller neuen Genossen und Genossinnen. Unter diesem werden auch sie siegen und unsere Zahlen weiter verbreiten helfen, trotz des Geschreies unserer Gegner. Allen aber rufen wir ein herzliches „Willkommen" zu, willkommen in der Gemeinschaft der Arbeiterjugend.

Die Adressen der Vorsitzenden der neugegründeten Vereine sind:

Wilhelm Leuchte, Roßbenburg a. S.,
Paul Glaubrecht, Eisleben, Breiter Weg 29,
Max Werner, Wiehe (Kr. Halle).

Säumige Ortsvereine!

Trotz wiederholter Mahnungen haben die folgenden Vereine den Berichtsbogen für das 2. Quartal 1921 (April—Juni) nicht eingesandt: Sangerhausen, Großthiemig, Schafstädt, Mücheln und Roitzsch.

Die Vereinsleitungen der oben angeführten Orte werden dringend ersucht, das Versäumte sofort nachzuholen. Die Verantwortung für das Nichteinsenden und der daraus entstehenden Folgen tragen die Vereine selbst. **Die Bezirksleitung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210823-14/fragment/page=0007

Halle
Restaurants, Kaffees, Vergnügungen

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.
Weinstuben, Gr. Ulrichstraße 39.

3 Könige, A. Streicher, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7.
Konzert- und Künstlerhaus
Auftreten erster Kräfte. Anfang 7 Uhr.

Fledermaus-Weinstuben und Bar, Gr. Ulrichstr. 44
Täglich Künstler-Konzert
Telefon 4313. Benno Krüger.

Promenaden-Kaffeehaus am Leipziger Turm. Täglich Konzert

Café Roland Täglich Künstler-Konzert.

Prinzess-Theater
Schmeerstr. 5 :-: Telefon 2063
Albert Buhlmann.

Modernes-Theater Neue Promenade 8, früh. Kaiser-Wilhelmshalle
Täglich 7 Uhr **Kabarett-Varieté** Täglich 7 Uhr
Vorträge erster Künstler v. Bühne, Kabarett u. Varieté
Sonntags 4 Uhr und Abends 7 Uhr Vorstellung.

Beth's Bunte Bühne
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Direktion Rich. Beth. Fernruf 1066.
Erstklassiges Kabarett am Platze
1. und 16. Programmwechsel.
B. B.B.

Restaurant „Dachrinne"
Mittelstrasse 18. Paulchen Jahr.

Bekleidung, Schuhe, Putz usw.

Gelegenheits-Kaufhaus
Schmeerstrasse 5, nur 1 Treppe
Beste u. billigste Bezugsquelle in Aussteuer-Wäsche, Hemden für Herren und Damen.
Jeden Dienstag: Sonderverkauf zu Engrospreisen.

System Konkurrenzios, Inhaber: Jakob Kiwit.
Herren-, Knaben- und Arbeiterbekleidung.
Leipzigerstraße 11.

F. C. Wissel, Halle a. S., Markt 11.
En gros. Spezialgeschäft für En detail.
Tuche und Schneiderartikel.

A. Boenning, Steinweg 18.
Woll-, Weiss- und Kurzwaren. Trikotagen, Kleiderröcke. Busen, Kleiderstoffe.

P. Wolff, Telephon 4315, Steinweg 20a.
Manufaktur-, Weiss- und Wollwaren.

Gustav Reinsch, Herren-Konfektion,
Halle a. S., Markt 25.

S. Biletzky
Günstiges Angebot in Leinen und Baumwollwaren.
en gros. en detail.
Leipzigerstr. 103, 1. Etg.

G. Liebermann
Geiststrasse 42.
Herren-Artikel, Handschuhe, Unterzeuge, Lederwaren, Strumpf- und Wollwaren.

Gustav Grimm
Steinweg 38.
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren. Trikotagen, Strumpfwaren. Handschuhe, Herrenartik.

Waschmittel-Zentrale
Seife, Kämme, Hearschm. usw. Steinweg 19a.
Bürsten und Seilerwaren
Albert Kunzemann
Leipzigerstr. 25.

C. Barthel
Feine Herrenartikel.
Leipzigerstrasse 14.

Phil. Högl, Hutmecherei,
Kl. Ulrichstr. 21.

F. A. Otto, Wäsche- und Leinenhandlung.
Marktplatz 11.

Leipziger Hut-Preß-Anstalt
Paul Blaue, Schmeerstrasse 22.

Franz Schmidt,
Spezial-Damen-Putz, Geiststrasse 15 (Adler-Apotheke). Telefon 4568.

Strassburger Hutbazar, Leipzigerstrasse 15
Herren-Hüte, und Mützen in grosser Auswahl.

Schuhhaus Dietze
Untere Gr. Steinstrasse 13.

Schuhhaus Roland
Steinweg 19. Haus stabiler Schuhwaren.

Gebrüder Oehlschläger,
Schuhwarenhaus, Leipzigerstrasse 16.

Schuhhaus Günther
Grosse Ulrichstrasse 50 — Telephon 5571.

Lebens- u.
Genussmittel, Zigarren, Tabak usw.

A. Wagenknecht
Obere Leipzigerstrasse 61-62.
Feinste Konfitüren u. Schokoladen.

Alb. Gentzsch G. m. b. H.
Schokolade, Zuckerwaren.
Filialen in allen Stadtteilen.

Heinr. Doller, Leipzigerstrasse 64.
Fernruf 1122.
Versandhaus für gute und billige Lebensmittel.

Libelle! Kleinkunst-Bühne
Alte Promenade 11. Tel. 6492
Dir.: Erich Diester.
Jeden 1. und 15. neue Kunstkräfte.

Leonhardt & Schlesinger
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Grosse Ulrichstrasse 13/15.

Alb. Fritsche,
Taubenstrasse 25. Telephon 6839 und 4458.
en gros **Lederhandlung** en detail
Massstepperei.
Ständig grosses Lager aller Ledersorten für Schuhmacher, Sattler, Pantinen- und Pantoffelmacher, technische Leder, Treibriemen, Möbelleder, Täschnerleder etc.

Theodor Domann, Alleiniger Vertreter des Int. Möbel-T.-V.
für Halle und Umgegend, Ludwig-Wuchererstr. 30.
Fernruf 6256. Möbeltransport — Verpackung — Lagerung.

Moritz Kade Nachfolger
Gross-Destillation und Weinhandlung
Charlottenstrasse 11.
Gegründet 1841.

Teichers Möbelgeschäft, Große Steinstraße 82, I.
Fernsprecher 3878. Einzelne Möbel und ganze Wohnungs-Einrichtungen — auch gebrauchte äusserst billig.

Gebr. A. & H. Loesch
Gr. Ulrichstrasse 36. Steinweg 30. Fernruf 1913.
Wollwaren — Trikotagen — Herrenartikel.

Max Ott Steinweg 26.
Drogen, Farben, Parfümerien.

Kaufe bei Alex Michel.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan
A der **Volksstimme.** (Musterschutz)

Abfahrt der Züge **Naumburg**—Weissenfels—Corbetha—**Leipzig** u. zurück.

Naumburg	ab		1148			518			725	910	1202	1228		327	410							928					
Weissenfels	„		1222	W		533			750	937	1223	1252		346	428	W						951					
Corbetha	„		1248	43			613	805	954			107				448		606		721		952					
Leipzig	an		1252	623		618	738	913	1104		118	215		432	514	603		723		822		1121					
			W												W												
Leipzig	ab		422	622		700	710	1027		110		126	402		420	559	722		1021		1043						
Corbetha	„		512	714			822					245	450		589	722	821				1142						
Weissenfels	„		an	730		744	837		1117		159	300	an		an	722	an		1122		an						
Naumburg	an			750		800	857		1134		215	321				742			1141								

Abfahrt der Züge **Halle**-Mücheln, Rössen, Querfurt, Weissenfels, Zeitz u. zurück.

603	W	731	756	907	1045	500		346	332	728	1142	an	Halle	ab		422	548			607	657		1223		1257	439	508		526	822		922
542	713	710	731	846	1019	434		321	311	652	1121		Merseburg			404	620			633	722		1204		116	505	529		549	804		941
	630				927				230		648	1030	Mücheln			541					824		230			549					942		
	522				914	W		136			544	921	„			633					943					621					1042		
	445				830			1245			500	842	Querfurt			726				730						722					1122		
						425		240			W		Rössen							W					W	644							
521			638	658	800								Weißenfels							655					151	W			622				1029
			614	740				230	1218	628	821	1142	„							442			702	925	203	500	618		924				
			543	645				130	1132	624	723	1022	Zeitz	an						523			804	1020	259	557	742		1014				

W. bedeutet; Verkehrt nur Werktags. Die fettgedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

SONDERANGEBOT in BERUFSKLEIDUNG
Hosen aus Militär-Drell . . . . . **45**—
Arbeitshemden gestreift **37**50
J. Meiß am Markt.

Paul Richter Steinweg 53
Telefon 2079
Kolonialwaren : Spirituosen : Wein
Tabak und Zigarren.

Hermann Hartick, Leipziger Strasse 38
Kolonialwaren Spirituosen Weine.

F. Baumgärtel, Inh.: H. Zander
Kolonialwaren — Drogerie
Lessingstr. 26, Telefon 6340.

Otto Thürmer
Kolonialwaren Weine Delikatessen
Telefon 5142 — Friedrichsplatz 9.

Sprengel & Rink
Delikatessen und Weinstube
Leipzigerstrasse 2 — Telefon 6414.

Paul Schliack Nachf., Geiststr. 13.
Inhaber: Otto Siawenow.
Rind- u. Schweineschlächterei, Wurstfabrik.
Spezialität: Ausschnitt feiner Fleischwaren.
Hallesche Rot- und Leberwurst. Telephon 1021.

Hamburger Zigarren-Börse,
Brandstätter & Langemark.
Hauptgeschäft: Leipzigerstr., Neue Promenade 16.
Zweiggeschäft: Delitzscherstr. 3 (Preußenhof).
Fernspr. 1497-4001. Beste Bezugsquelle f. Wiederverk.

„Brasella", Zigarettenfabrik,
Berlinerstraße 6. — Telephon 3227.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Heinz Gronenberg,
Tabakfabrikate — Grosshandlung,
Gr. Ulrichstrasse 27. Fernsprecher 4624.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Max Schmidt, Leipzigerstraße 66,
Grosses Lager in Zigarren, Zigaretten und Tabaken.

Otto Mertens, Gr. Steinstrasse 32
neb. d. Viktoria-Apotheke
Gr. Ausw. in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken.
Tel. 5150.

Fr. Hutzelmann Inhaber: Karl Dannenberg
Zigarren- und Tabak-Handlung
Berliner Strasse 3a.

Leipziger Tabakhaus
Telef. 4721. **LETACO** G. m. b. H.
Hauptgeschäft: **Mauerstr. 1** am Franckeplatz
2. Geschäft: Kohlschütterstr. 1, Eingang Reilstr.
3. Geschäft: Triftstrasse 5.
Gewaltiges Lager in Zigarren, Zigaretten.
Besonders große Spezialität: **Rauchtabak.**

Karl Schneider, Gr. Ulrichstr. 25
Ecke Alte Promenade
Zigarren-Spezial-Geschäft
Tel. 2339. Tel. 2339.

G. Hennicke, Zigarren-Börse. Billig und gut.
Berlinerstrasse 32, gegenüber der Turnhalle.

Emil Friedrich, Zigarren-Versandhaus
en gros en detail
Friesenstrasse 22. Telefon 2721.

Max Schurig, Zigarren. Zigaretten - und Tabake
Friedrichsplatz 4, Ecke Albrechtstrasse.

Tabakbörse Kurt Hafermalz,
Zigarren, Zigaretten und Tabake. Preiswert und gut. Kohlschütterstrasse 9.

Paul Schmidt, Zigarren- u. Zigaretten-importhaus
Geiststrasse 22 Telefon 4819. Triftstrasse 5.

G. Schnabel, Inh. Paul Rost,
Fluss- u. Seefischhandlung. Telephon 2728.
Nur Bernburgerstr. 17.

Carl Brühl
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Sternstraße 5.

Tabakhaus
Albrecht.
Geiststraße 15.

Alfr. Nürnberger
Obst und Südfrüchte.
Leipzigerstraße 45.

F. W. Grupe
Marktplatz 15.
Zigarr., Postkart., Romane

Moritz Rosewitz,
Steinweg 7.
Herren-Artikel
Kurz-, Weiss- u.
Wollwaren.

Herbert Winkler Nachf. Inhaber: Otto Merike
Zigarren, Zigaretten und Tabak-Import
Dessauerstrasse 2, am Roseplatz.

C. Fehling Billigste Bezugsquelle für Tabak-Fabrikate.
Gr. Steinstrasse 34.

Allgemeines

N. Fuchs Möbelhaus
Gr. Ulrichstrasse 58
I., II., III. Etage.
Fernruf 1215.
Ganze Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung
:: Kredit auch nach auswärts. ::

Th. Pollack, Möbelhaus, Grosse Ulrichstr. 3.

Friedrich Schiriotn
Möbelhaus :-: Kleine Ulrichstrasse 34.

H. Bergmann, Inh.: A. Ebeling, Möbelhaus,
Fleischerstr. 30/31. Telephon 2382. Gegr. 1875.

„Reformbad", Kl. Klausstr. 14,
Licht- u. Wasserbehandlung, med. Bäder, Massage.

Fahrrad Krause,
Fahrräder u. Ersatzteile. Eigene Reparaturwerkstatt.
Nur Kl. Ulrichstr. 18a, am Astoria. Telephon 3242.

Adler-Fahrräder
Bärenfänger & Co.,
Gr. Ulrichstraße 12.

Xaver Herz, Geiststrasse 65,
Ecke Neumarktstrasse,
Regenschirme, Spazierstöcke, Tabakpfeifen und Lederwaren.

Max Rädler, Rannischestr. 2.
Farben, Lacke für den Haushalt. Emaille-Lack für Küchenmöbel. Fussbodenlackfarbe, über Nacht trocknend (Friedens-Qualität).

Herm. Schmidt, Geiststrasse 23.
Leder-Ausschnitt und Schuh-Bed.-Artikel.

Buchmann & Co., G. m. b. H.,
Dessauerstraße 53. Fernruf 1471 u. 4637.
Kohlen — Holz — Baumaterialien.

Haring & Strache, Dessauerstraße 51.
Telephon 6644.
Nutz- u. Grubenhölzer. Tischler- u. Glaserholz.

H. Proepper & Co G.m.b.H. Fernspr. 4540 u. 6080
Magdeburgerstr. 55 Lagerplatz: 1259
M&W Kohlen-Koks-Brennholz- KTA

Wilhelm Schubert's Stempelfabrik
Schilder — Gravierungen — Abzeichen
Leipzigerstraße 38. — Fernspr. 4033.

Max Turner, Geiststr. 55, Obere Leipzigerstrasse 66. Gegr. 1867. Nur Qualität Solinger Stahlwaren. Schleiferei. — Reparaturen.

Emil Herz, Leipzigerstrasse 45.
Schirme, Stöcke, Pfeifen und Lederwaren.

Herm. Müller
I. und ältestes Spezial-Stahlwarenhaus, Gr. Steinstrasse 1—2, Leipzigerstr. 20, Schmeerstr. 7—8.

Färberei Galgenberg
Dampfwäscherei. Chemische Reinigung.
Fernruf 6595.
Aelteste und grösste Wäscherei am Platze.
Eigene Läden
Ludwig-Wuchererstrasse 7, Gr. Steinstr. 56, | Landwehrstr., Ecke Niemeyerstr., Geiststrasse 36, | Markt 13, Steinweg 25, Königstr. 25.

Müller's Wasch- und Plattanstalt
Fleischerstr. 1, Fernruf 2545. Ecke Geiststr.
Spezialität: Feine Herrenstärkewäsche.

Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Frieden", Hermann Gericke.
Fleischerstrasse 10/11. Telephon Nr. 2557.

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze.
Krukenbergstrasse 7. Gegenüber den Kliniken.
Telephon 5920 :-: Eigenes Geschirr.

Curt Forberg
Gas- und Wasseranlagen.
Barfüsserstrasse 17 - - Telephon 5390.

K. Rast, elektr. Anlagen, Ankerreparaturen. Beleuchtungskörper.
Geiststrasse 28.

H. Voss, Leipziger Strasse 1.
Verlobungsringe
Eigene Fabrikation

R. A. Otto Herrmann, Magdeburgerstrasse 9.
Grosshandlung in Manufakturwaren.

Albert Mennicke, Gr. Steinstrasse 62
Uhren- u. Goldwarenhaus
Vorteilhaft. Bezugsquelle all. Uhren- u. Goldwaren.
Eigene Uhren- und Goldschmiedewerkstätten.

G. Vester G. m. b. H.
Bahnspedition u. Möbeltransport. Telefon 7901.

Carl Saatz
Drogen, Parfümerien, Bürstenwaren.
Rannischestrasse 6.

J. Braunsdorf
Herrenartikel.
Reilstrasse 133.
Ecke Ludw.-Wuchererstr.

Walter Kühn
Steinweg 8. Zuckerwaren.

Aug. Laue
Leipzigerstrasse 47.
Wäscheleinen.

E. Richter Nachf.
Seifen und Parfümerien.
Leipzigerstrasse 66.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210823-14/fragment/page=0008